Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 200. Sonnabend, den 27. August 1921. 28. Jahrgang.

Erzberger ermordet.

Freudenstadt (Schwarzwald), 26. Aug.

Heute vormittag wurde der Reichsfinanzminister a. D. Erzberger auf einem Spaziergange in der Nähe von Griesbach in Baden erschossen. Zwei Burschen traten ihm plötzlich in den Weg und gaben ihm zwölf Kugeln in den Kopf. Erzberger ist tot. Die Täter sind bisher unbekannt. Der Abgeordnete Diez-Radolfszell, der Erzberger begleitete, wurde verwundet, lebt aber noch.

*

Dr. L. Lübeck, 27. August.

„In einer Zeit, wo die politischen Morde zu einer Landschmach geworden sind, diese in Schutz nehmen und noch verteidigen zu wollen, das ist der Gipfel der Ehr- und Schamlosigkeit. Das schwarz-weiß-rote Banner kann sich etwas einbilden auf seine Träger; entweder sind sie selbst Meuchelmörder, oder die Freunde und Verteidiger solcher." Am 18. Juni schrieben wir im Zusammenhang mit dem Gareismord diese Sätze; sie trafen eine wunde Stelle, denn augenrollende Erregung schütterte durch manchen deutschnationalen Körper.

Und nun eilt neue Mordkunde durch die deutschen Lande; Erzberger, der Vielgeschmähte, ist der Meuchelkugel verhetzter Hakenkreuzjünglinge zum Opfer gefallen. Das gleiche Spiel wie bei den früheren politischen Morden setzt ein, die ganze nationalistische Hetzpresse verbirgt ihr freudehämmerndes Herz hinter heuchlerischem Augenaufschlag. Mühsam schlängelt sie sich durch ein Gestrüpp von Anklagen gegen Erzberger und Entschuldigungen für die Mörder; durch einen Wald moralisch schillernder und höhnisch grinsender Wenn und Aber. Wer diesen sittlichen Tiefstand nicht für möglich hält, der lese, was die „Lübeckischen Anzeigen" in Schuld und erster Freude zu dem Morde schreiben: „Eine solche Kunde hat stets etwas Erschütterndes. Auch der politische Gegner, der (wie wir) in dem Ermordeten einen Schädling sah und seine Tätigkeit lebhaft bekämpft hat, senkt die Waffen, die er im geistigen (? R.) Kampfe führte. Wer auch die Täter gewesen sein mögen, welche Motive sie zu dem Verbrechen getrieben haben, sie sind zu verurteilen. Mord bleibt Mord, und man kann nur hoffen, daß die Täter gefaßt und ihrer verdienten Strafe zugeführt werden."

Wer sieht zwischen diesen würgenden und schlänkernden Sätzen nicht die Heuchlermaske? Sie passen gut zusammen, die Heuchler und die Meuchler.

Wir sprechen es frei aus: die wahren Schuldigen an den schandhaften politischen Meuchelmorden seit dem 9. November 1918 sind nicht die unreifen Burschen, die verführt und verhetzt nach dem so oft vorgegaukelten Glorienschein des Nationalhelden ihre blutbesudelten Hände ausstrecken wollen; nein, die wahren Schuldigen, die wahren Verantwortlichen für diese Taten wohnen in den Königstraßen aller deutschen Städte, von wo Hetzpresse unverantwortliche Lüge und Verleumdung auf jeden politischen Gegner ausspritzt. —

Der Mord an Erzberger hat wie mit Blitzlicht die politische Lage in Deutschland aufgehellt. Wer es bisher nicht geglaubt hat, daß die Henkersknechte des Weltkrieges, die Totengräber des deutschen Volkes, die monarchischen Banditen keine andern Gedanken haben, als die republikanischen Führer, die Arbeiter an dem neuen Deutschland, beiseite zu schaffen, moralisch zu vernichten oder durch gedungene Mörderhand unschädlich zu machen, dem wird jetzt fürchterliche Gewißheit aufgedämmert sein. Erzberger wird nicht das letzte Opfer sein, das deutschnationale Aasgeier mit einem heuchlerischen und einem höhnischen Auge umkreisen; an wessen Leiche werden sie sich das nächste Mal niederlassen? Das Maß ist voll. In der Ferne grollt der Donner einer neuen Revolution; der deutsche Boden hat genug Arbeiterblut getrunken. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr allzu wo die Pflastersteine sich wieder rot färben werden. Wenn es schon sein muß, weshalb sollen wir immer die Leidenden sein? Auch monarchisches Blut ist rot, und es ist nicht unser Blut.

Ein entschlossener Wille, ein furchtbarer Haß sammelt sich an in der Arbeiterschaft; die Ermordung Erzbergers fügt Haß zum Haß. Das Blut komme über euch, ihr Hetzer und Heuchler des Kaisertums! Wenn ihr nicht zu feige seid, so werdet ihr die Folgen eures schurkenhaften Treibens, eurer Blutschuld, auf euch nehmne. Und ihr werdet euch hoffentlich nicht beklagen, wenn das gequälte und sich aufbäumende Proletariat das nachholt, was es im November 1918 versäumt hat, als es die Massenmörder, als es seine Blutegel nicht an die Mauer stellte, wie sie es zehnfach verdient hatten.

Aber wer erinnerte sich nicht an die großartige Feigheit der Herren mit dem großen Namen und den dicken Achselstücken im November 1918? Winselnd rutschten sie auf allen vieren und bettelten um ihr elendes Leben. Kaum war die Luft wieder rein, kaum hatte sich das Volk wieder seinem furchtbaren Kampf ums Dasein zugewandt, da kamen sie unter Führung des großen deutschen Unglücksmannes Ludendorff wieder aus ihrem Versteck, hetzten und hetzten, reihten Mord an Mord, tranken mit wildem Geheul das Blut der Männer des Volkes, und noch ist ihr Blutdurst nicht gestillt.

Möge die ganze Rechtspresse mit salbungsöltriefenden Lippen beschwören, sie verurteile den Mord; mag sie zehnmal sich vor den Augen aller rechtlich Denkenden entrüstet winden; die Leser der Rechtsblätter werden zwischen den Zeilen lesen, sie kennen die Gesinnung, und wer sie nicht kennt, der kann sie überall hören, wo sogenannte „bessere" Leute unter sich sind: „Gut, daß der Lump kalt ist; eine nationale Tat."

Die Helfferichhetze hat Erfolg gehabt. Viele, zu viele haben die ehrabschneidenden Lügen gegen den württembergischen Volksmann geglaubt, viele, zu viele trauten den falschen Worten der Nationalen von den Millionen und der Steuerhinterziehung Erzbergers. Die Ermordung ist die Folge; die Schuld fällt auf die Hetzer. Laßt sie wehen heute, die schwarz-weiß-rote Flagge; schmückt sie mit dem blutbefleckten Dolch des Meuchelmordes und dem hinterlistigen Zeichen des Hakenkreuzes; und dann gröhlt von früh bis spät: „Heil dir im Siegerkranz."

Ungestraft läuft die Gegenrevolution in Deutschland Amok. Wann wird endlich durchgegriffen? Die Arbeiter wollen endlich Taten sehen. Sie können keine Führer brauchen, die zaudern und schwanken. Blut schreit zum Himmel und verlangt wieder Blut. Allen Arbeitervertretern im Reich und den Gliedstaaten rufen wir zu: Seid bereit, zeigt der Gegenrevolution endlich die Zähne; sammelt hinter Euch die gesamte Arbeiterschaft. Auf sie könnt Ihr Euch verlassen, wenn ihr in den Kampf eintretet, der die Republik retten soll. Durchbrecht rücksichtslos die Front, die Habsucht und Egoismus gegen die Steueransprüche der Republik errichtet haben, und die im Innersten zitterte, als der Ruf erklang „Erzberger vor den Toren". Der gefährlichste Feind des Besitzes, sein Hannibal, er ist nicht mehr.

Was wird nun werden? Welchen Weg wird das Zentrum gehen? Wirth zog einen guten Teil seiner Kraft im Kampfe gegen den rechten Flügel seiner Partei aus dem Anhang Erzbergers, der das Zentrum über Kapitalismus und Nationalismus zu einer wahrhaft katholischen Politik der Versöhnung und der Klassenüberwindung führen wollte.

Bleibt Wirth stark, so droht ihm das Schicksal Erzbergers. Wird er aber seinen Weg verlassen und mit ihm das Zentrum umschwenken, dann wird die nahe Zukunft Fürchterliches bringen. Der Mord in Griesbach ist ein fernes Signal! Das Volk möge aufhorchen; die Arbeiterschaft möge Fühlung nehmen zum Kampf. Die Sturmgasse führt nach links!

Deutschland steht vor einem Blutsumpf, wenn nicht schnelle und starke Entschlüsse gefaßt werden, die Arbeiterschaft wird die Republik selbst zu verteidigen wissen, wenn die „republikanische" Regierung nicht endlich zuzugreifen weiß.

Erzberger ist tot, viel von seinem Geist muß weiterleben, soll eine neue Revolution vermieden werden.

Seid bereit! Schließt die Reihen!

*

Der Mord.

Offenburg (Baden), 26. August.

Erzberger und der Zentrumsabgeordnete Diez befanden sich auf einem Spaziergang nach dem Kniebis im Schwarzwald, als sie in der Nähe der Alexanderschanze von zwei jungen Burschen verfolgt wurden. Erzberger und Diez beschleunigten ihre Schritte, worauf die beiden jungen Burschen Schüsse auf die Davoneilenden abgaben. Erzberger wurde von 12 Schüssen getroffen und sank sofort zu Boden. Sämtliche Schüsse waren Kopfschüsse. Der ihn begleitende Reichstagsabgeordnete Diez wurde nur leicht verwundet. Er begab sich sofort zu Erzberger, der bereits verschieden war. Daß es sich um einen politischen Mord handelt, geht daraus hervor, daß an der Leiche Erzbergers weder ein Raub noch ein Raubversuch unternommen wurde, ferner daraus, daß der Abgeordnete Diez, als er sich der Leiche Erzbergers näherte, von den Tätern nicht behelligt wurde. Diese wollten sich von einiger Entfernung überzeugen, ob Erzberger tatsächlich seinen Verletzungen erlegen war. Erst dann verließen sie den Tatort und flüchteten.

Die Verfolgung der Täter wurde sofort durch die Staatsanwaltschaft Offenburg aufgenommen. Der Generalstaatsanwalt Schlimm aus Karlsruhe begab sich mit zahlreicher Gendarmerie und Kriminalbeamten aus Karlsruhe an die Mordstelle, um sofort nach den Tätern zu fahnden.

Die Kugeln trafen nicht nur ihn . . .

Berlin, 26. August.

Eine Besprechung der Parteiführer fand am Freitag nachmittag um 5 Uhr in der Reichskanzlei statt. Präsident Loebe eröffnete dieselbe mit folgenden Worten: „Wir stehen alle unter dem erschütternden Eindruck von der Nachricht des grausamen Mordes an dem Abgeordneten Erzberger, die uns soeben erreichte. Mir fehlen die Worte, das Verbrechen zu kennzeichnen, an dessen politischem Ursprung kein Zweifel möglich ist. Aber die Revolverkugeln, die unsern Kollegen niederstreckten, haben nicht nur ihn, sie haben die Ruhe und den Frieden unseres Vaterlandes getroffen. Sie werden unberechenbare Folgen für unser unglückliches Volk und Land haben. In diesem Falle beschränke ich mich darauf, den Parteifreunden des Ermordeten unsere tiefste Teilnahme auszusprechen." — Während dieser Worte hatten sich alle Anwesenden von den Plätzen erhoben.

Beileid der Reichsregierung.

Berlin, 26. August.

Namens der Reichsregierung richtete der Reichskanzler an die Witwe noch folgendes Telegramm:

„Auf die Kunde von dem feigen Meuchelmord, der an Ihrem Gatten verübt worden ist, gedenkt die Reichsregierung ehrend des ehemaligen Kollegen. In ihrem Namen spreche ich Ihnen die aufrichtige Teilnahme an dem schweren und grausamen Verluste aus, den Sie erlitten haben und gebe zugleich der tiefen Abscheu Ausdruck, den die Mordtat in ganz Deutschland erwecken muß."

Telegramm des Reichspräsidenten Ebert.

Berlin, 26. August.

Der Reichspräsident richtete an die Gattin des ermordeten Erzberger folgendes Beileidstelegramm:

„Tief erschüttert durch die Nachricht von dem Verbrechen, dem Ihr Gatte zum Opfer fiel, spreche ich Ihnen meine herzlichste Teilnahme aus. Möge Sie das Bewußtsein trösten, daß in lebhafter Entrüstung über die abscheuliche Tat weite Kreise des deutschen Volkes an Ihrer Trauer aufrichtigen Anteil nehmen."

Erzbergers Lebenslauf.

Aus dem Leben Erzbergers seien kurz folgende Daten gegeben: Matthias Erzberger wurde am 20. September 1875 als Sohn eines Volksschullehrers in Buttenhausen in Württemberg geboren. Er besuchte das Lehrerseminar in Gaulgau, war zwei Jahre als Volksschullehrer tätig und studierte dann in Freiburg i. Schw. und in Zürich Staatsrecht und Nationalökonomie. Von 1896—1903 lebte er als Schriftsteller und Redakteur in Stuttgart, wo er auch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig war. Im Jahre 1903 wurde er zum erstenmal als Mitglied der Zentrumspartei in den Reichstag gewählt. Seinen Wohnsitz verlegte er nach Berlin, wo er Herausgeber einer Korrespondenz für die Zentrumspresse wurde. Als Mitglieder der Zentrumsfraktion trat er bald in Budgetfragen hervor. Er gehörte zu dem sogenannten demokratischen Flügel der Fraktion und machte öfter Vorstöße gegen deren rechten Flügel.

Während des Krieges nahm sein Einfluß immer mehr zu. Er wurde von der Reichsregierung mehrfach mit Aufträgen ins Ausland geschickt. Sein Eintreten für einen Verständigungs-

frieden machte ihn zu einem der umstrittensten Politiker Deutschlands. In der berühmten Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 hatte er einen großen Erfolg zu verzeichnen. Anläßlich der Neugestaltung, die Prinz Max von Baden Ende September 1918 im Reich und in Preußen durchzuführen unternommen hatte, trat er als Staatssekretär ohne Portefeuille in dessen Kabinett mit dem besonderen Auftrage ein, als Führer der deutschen Waffenstillstandskommission mit den Feinden zu verhandeln. Dieser Auftrag wurde auch nicht widerrufen, als die Revolution kam. Erzberger blieb sodann weiter in der deutschen Waffenstillstandskommission, trat schließlich, als die Nationalversammlung in Weimar zusammentrat und nach Niederlegung der Aemter durch die Volkskommissare das erste republikanische Kabinett gebildet wurde, in das Reichskabinett als Finanzminister ein.

Der deutschen Reichsregierung gehörte Erzberger als Reichsfinanzminister unter Scheidemann, Müller und Bauer an. Bekannt ist sein Eintreten für die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages. Die berüchtigte Hetze Helfferichs bewog ihn, vorläufig aus dem politischen Leben auszuscheiden. Seine Wähler bewahrten ihm jedoch das Vertrauen und schickten ihn mit gewaltiger Mehrheit in den Reichstag. Allgemein galt Erzberger als der einzige Politiker, der die deutschen Finanzen in Ordnung bringen konnte.

Die Verhandlungen in Wiesbaden.

Paris, 26. August.

Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris" meldet, daß seit der letzten Konferenz Rathenaus mit Loucheur vom deutschen Wiederaufbauministerium ein Projekt eines Wiederaufbauvertrages, von Rathenau ausgearbeitet, vorgeschlagen sei. Dieser Vertrag sei ein persönliches Werk Rathenaus. Er schlägt vor, in welcher Weise dem deutschen Wiedergutmachungskonto die Naturallieferungen gutgeschrieben werden könnten, die Deutschland als Mehrleistung gegenüber den Londoner Abmachungen tätigen würde.

Der zweite Teil des Rathenauschen Manuskripts behandelt die Handelsbeziehungen deutscher Firmen mit den zerstörten Gebieten. Rathenau wünscht, daß der Handel zwischen den Geschädigten und der deutschen Industrie frei sei. Er glaubt, daß die offiziellen Bureaus der beiden Länder eine sehr geringe Rolle spielen sollen, damit die Wiederaufbauarbeiten durch die Bureaukratie nicht gehemmt werden. Das französische Bureau hätte nur die Aufträge der Geschädigten zu prüfen und sich zu versichern, daß die Aufträge mit der den Geschädigten zuerkannten Summen in Einklang stehen. Das deutsche Bureau würde die Durchführung der Kontrolle sichern und die Preise festsetzen. Deutschland wünscht, sich so rasch wie möglich von seinen Verpflichtungen zu befreien, und hofft, viel mehr in Natura liefern zu können, als es die Verpflichtungen vorschreiben.

Bezüglich der Holzhäuser würde Rathenau ein neues Projekt vorlegen. Diese neuen Holzhäuser würden in Deutschland erbaut werden und in Frankreich in drei bis vier Tagen aufgestellt werden können. Es kommt dabei ein Material zur Verwendung, das leichter als Zement ist und gegen Kälte und Hitze genügend Schutz bietet. Der Preis wäre viel geringer als der, den französische Fabrikanten verlangen müßten.

Paris, 26. August. (WTB.)

Nach einer Meldung des „Journal" wird bezüglich der Zusammenkunft von Rathenau und Loucheur völliges Geheimnis bewahrt werden. Es stehe schon fest, daß der Presse keinerlei Mitteilung gemacht werden würde.

Der Mordprozeß gegen Joschke.

Tarnowitz, 25. August.

Vor einem besonderen Gerichtshof des außerordentlichen Kriegsgericht der Interalliierten Kommission fand heute hier die Verhandlung gegen den 20 Jahre alten Grubenarbeiter Leo Joschke aus Rokitnitz bei Beuthen statt, der angeklagt ist, in Beuthen am 4. Juli d. Js. den französischen Major Montalegre ermordet zu haben. Der Gerichtshof bestand aus einem französischen Juristen, einem Elsässer namens Meier als Vorsitzenden, einem englischen Major und einem italienischen Professor. Die Anklage, die auf Mord lautete, vertrat ein englischer Offizier, der von Beruf Rechtsanwalt ist. Die Verhandlung wurde in deutscher Sprache geführt, die sowohl der Vorsitzende wie auch der englische Beisitzer und der Anklagevertreter vollkommen beherrschten, nur die als Zeugen vernommenen französischen Offiziere machten in französischer Sprache ihre Aussagen, die darauf vom Vorsitzenden verdolmetscht wurden. Es wurden 23 Zeugen und zwei Sachverständige vernommen. Die Verhandlung, die von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags dauerte, endete mit der Verkündung folgenden Gerichtsbeschlusses:

Es wird die Vornahme einer sofortigen Leichenschau durch zwei alliierte sachverständige Aerzte unter Hinzuziehung eines deutschen Gerichtsarztes angeordnet zur Feststellung des Kalibers, der Art des tödlichen Schusses und der Entfernung, aus der der Schuß abgegeben worden ist.

Die Verkündung des Urteils findet Dienstag, den 30. dieses Monats, vormittags 11 Uhr statt.

Beginn des kapitalistischen Neubaus in Rußland.

Nachdem die Bolschewisten die russische Wirtschaft in Grund und Boden ruiniert und mit dem russischen Kapitalismus auch die russischen Kapitalisten ausgerottet haben, beginnen sie unter dem Druck des schwersten Elends den Kapitalismus und die Kapitalisten in Rußland wieder einzuführen — den ausländischen Kapitalismus. Am Montag ist in London zwischen den Bevollmächtigten der Sowjetrepublik, Krassin, und einer amerikanisch-englischen Unternehmergruppe glaubhaften Nachrichten nach ein Wirtschaftsabkommen abgeschlossen worden, wie es nur ein hoffnungslos bankerotter Staat abschließen kann. Namhafte englische Wirtschaftsgruppen machen das Geschäft gemeinsam mit dem Standard Oil Trust, der von dem amerikanischen Petroleumkönig Rockefeller geleitet wird. Die Nachricht ist noch nicht authentisch, aber die unterrichteten Kreise messen ihr volle Wahrscheinlichkeit bei. Die wesentlichsten Punkte des Abkommens sind:

1. Die Gesellschaft bewilligt der russischen Regierung einen Kredit von 100 Millionen Pfund Sterling. (30 Milliarden Papiermark.)

2. Das in seiner Mehrheit nicht bolschewistische allrussische Hilfskomitee bleibt dafür über die gegenwärtige Hungerperiode hinaus bestehen und nimmt an der Ausführung des Wirtschaftsvertrages teil.

3. Die russische Regierung darf ohne Einverständnis der englisch-amerikanischen Wirtschaftsgruppe keine Konzessionen an Konkurrenzkonzerne erteilen.

4. Die Gesellschaft erhält Konzerne im Uralgebiet und in den Oeldistrikten.

Also: Stabilisierung einer wirtschaftspolitischen Nebenregierung, in der die bolschewistischen Stimmen die Minderheit bilden. Industrielles Ausbeutungsmonopol für englisch-amerikanische Privatkapitalisten in den Gebieten mit den reichsten Erdschätzen. Um diesen Preis hätte das russische Volk nicht erst in die schlimmste Verarmung gestürzt zu werden brauchen. Das hätte man unter dem alten Regiment des Zaren auch haben können.

Die Nachricht wird gerade durch die festgestellten Konzessionen auf Erdölausbeutung wahrscheinlich. Denn dadurch wird ein überaus großes und zukunftsreiches Oelgebiet, das seit geraumer Zeit den Gegenstand diplomatischer Kämpfe zwischen England und Amerika bildet, von diesen beiden Ländern in die Hand genommen und eine starke Verbesserung der englisch-amerikanischen Beziehungen erreicht.

Unruhen in Indien.

Die Nachrichten über die in Indien ausgebrochenen Unruhen bestätigen sich. In der Nähe von Madras nehmen sie sehr ernsten Charakter an. Besonders in Calicut ist die Lage für die Engländer bedrohlich. Alle Frauen und Kinder wurden nach der Kaserne eingebracht. Der britische Resident hat die Ausschickung eines Kriegsschiffes mit Vorräten erbeten. Der britische Kreuzer Comus ist sofort von Ceylon nach Calicut abgegangen; ein zweiter wird demnächst folgen. Die Verluste der Eingeborenen betragen zwischen 500 und 700.

Admiral Scheers Urteil über die Annahme des Ultimatums.

Als im Mai das Ultimatum der Entente von der jetzigen Regierungskoalition angenommen wurde, tobte bekanntlich die Rechtspresse in furchtbarster Weise gegen die Jasager. Da ist es für die Herrschaften denn mehr als peinlich, daß die Jasager jetzt Unterstützung von einer Persönlichkeit erhalten, die auch bei den Rechtsparteien hoch im Ansehen steht. Es ist der Admiral Scheer, der Führer der deutschen Flotte in der Skagerrakschlacht, der sich im „Berliner Lokalanzeiger" über die Annahme des Ultimatums wie folgt ausläßt:

„Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß die Ablehnung des Ultimatums damals das größere Uebel gewesen wäre. Es klingt freilich viel stolzer und aufrechter, zu sagen: „Bis hierher und nicht weiter." Die Geste ist schön und großartig ... es ist aber die Pflicht staatsmännisch denkender Parteileitungen, sich nicht von dem Gefühl der Wählerschaft treiben zu lassen, sondern auf die Gefahr hin, Anhänger zu verlieren, politischen Willen zu bekunden und die Notwendigkeit danach zu handeln, der Masse beizubringen ... Man wird annehmen dürfen, daß unter den Neinsagern sich auch innerlich Schwachmütige gefunden haben, die sich sagten, es kommt ja doch in der Mehrheit des Reichstages zu einem Ja, und die Folgen unseres Neinsagens gehen zunächst noch an uns vorüber. Dabei schob man das Odium eines mangelhaft entwickelten nationalen Ehrbegriffs dem Gegner zu ... Vorbedingung für ein geschlossenes Nein war die Zustimmung des ganzen deutschen Volkes. Diese Vorbedingung war nicht vorhanden. Der neuen Bedrückung, die unsere Gegner ausüben würden, irgendwelchen Widerstand entgegenzusetzen, fehlten uns bei der militärischen Wehrlosigkeit auch die wirtschaftlichen Kräfte."

Gegenüber der Einwendung, daß die Bedingungen des Ultimatums undurchführbar seien, erklärt Scheer, sobald dies sich zeige, hätten auch die Jasager das moralische Recht, zu sagen: „Weiter geht es nicht!" Wenn es aber soweit komme, so könne diese Schicksalsfrage nur von einer starken Regierung, hinter der die große Mehrzahl des Volkes steht, gelöst werden. „Hätte sich die Deutsche Volkspartei entschließen können," sagt Scheer, „auf seiten der Jasager zu treten, so war ihr eine entscheidende Mitwirkung durch den Eintritt in die Regierung für die jetzt zu lösenden schwierigen Fragen möglich." Scheer rechnet auch energisch mit Stresemanns Entschuldigungen ab, daß der englische Botschafter zu spät geantwortet habe. „Konnten die Herren", so fragt er, „im Ernst annehmen, daß eine englische Regierung, die im Einverständnis mit ihren Alliierten das Ultimatum gestellt hatte, für sich allein irgendwelche Zugeständnisse machen würde?" Neben dieser Verurteilung der Taktik der Deutschen Volkspartei verurteilt Scheer auch „den Ruf nach dem starken Mann", der Deutschland führen soll:

„Eine solche Politik ist für unsere Lage unmöglich. Diejenigen werden in Wirklichkeit die starken Männer sein, die den Mut haben, trotz der Traditionen, die in ihrer Partei herrschen, ihren Wählern zu sagen: „Das ist das in weiter Ferne stehende Idealziel; wir aber müssen jetzt nach den Bedürfnissen der Gegenwart handeln, wenn wir auch dadurch in den Ruf geraten, unter den Gleichgesinnten als Abtrünnige zu gelten."

Ob man Scheer jetzt auch schnell in einen Miesmacher verwandelt? Oder in einen vaterlandslosen Gesellen ohne nationale Würde? Vielleicht äußert sich eines der sonst so beredten deutschnationalen Blätter zu diesem Punkt. Peinlich wird es ja immerhin sein, einen hohen Militär zu nennen, dessen Gehirntätigkeit sich nicht darauf beschränkt, blöde Kriegervereinsreden zu blöken.

Reichsfarben als „öffentliches Aergernis".

In Großsalze bei Magdeburg ist die schwarz-weiß-rote Fahnenweihe des rechtsbolschewistischen „Stahlhelm" von republikanisch gesinnten Arbeitern gestört worden, wobei schwarz-weiß-rote Fahnen vernichtet wurden. Prompt zwei Tage darauf meldet die Staatsanwaltschaft, daß ein Beteiligter als „Rädelsführer" verhaftet worden sei.

Vor vielen Wochen bereits teilten wir mit, daß in Borkum ein Demonstrationszug der Emdener Parteigenossen, dem eine schwarz-rot-goldene und eine rote Fahne vorangetragen wurde, von nationalistischen Badegästen mit Hilfe von Soldaten der Küstenwehr-Abteilung in voller Uniform angefallen wurde, wobei gleichfalls eine der beiden Fahnen vernichtet, die andere nur mit Mühe gerettet wurde. Hier hört man nichts. Auf eine Anfrage bei den Emdener Parteigenossen nach dem Stand der Dinge, erhalten wir jetzt die Auskunft, daß die Staatsanwaltschaft Aurich allerdings auch hier einschreite. Aber nicht gegen die deutschvölkischen Landfriedensbrecher, **sondern gegen unsere Genossen, weil sie als „Eigentümer und Zurschausteller" der roten und schwarz-rot-goldenen Fahne öffentliches Aergernis erregt hätten!**

Was sagt der Herr Justizminister Am Zehnhoff zu einem Staatsanwalt, der im Zuschaustellen der Reichsfarben ein öffentliches Aergernis erblickt?!

Teuerungsdemonstration in München.

München, 26. August. Die für heute abend anläßlich der Demonstrationsversammlungen wegen der Teuerung befürchteten Unruhen großen Stils sind nicht eingetreten. Die Polizei hatte strenge Maßregeln getroffen. Da und dort kam es zu kleineren Zusammenstößen, leider auch zu einer Schießerei auf dem Karlsplatz, wobei einer der Demonstranten tot am Platze blieb, ein anderer schwer verwundet wurde. Die Aufregung in der Stadt war ziemlich groß und der Verkehr in den Straßen außergewöhnlich stark. Die „Münchener Post" erläßt einen Aufruf, worin sie die Arbeiter davor warnt, sich von der Polizei oder Spitzeln aufreizen zu lassen.

Veränderter Programmentwurf.

Nach der ausgiebigen Diskussion des ersten Entwurfs eines neuen Parteiprogramms in der Presse und den Organisationen hat die Programmkommission noch einmal den ganzen Fragenkomplex durchberaten. Sie legt jetzt dem Parteitag in Görlitz den folgenden, in wesentlichen Punkten

abgeänderten Entwurf

vor:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei sieht als ihre ernste Verpflichtung an, das Proletariat reif zu machen für seine Aufgaben in der sozialistischen Gesellschaft.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich als unfähig erwiesen, den Kopf- und Handarbeitern die Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Lebensansprüche zu sichern. Sie hat die wirtschaftliche Ungleichheit gesteigert. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten steht die große Mehrheit der mit Not und Elend Kämpfenden gegenüber.

Der Weltkrieg und die Friedensdiktate haben die kapitalistische Entwicklung noch verschärft. Die in den Wegen der kapitalistischen Wirtschaft begründete fortschreitende Konzentration der Unternehmungen, der Monopolisierung wichtiger Industriezweige durch kapitalistische Gruppen ist noch beschleunigt worden. In Industrie und Bankwesen, in Handel und Verkehr hat eine neue Epoche der Angliederungen und Verschmelzungen, der Kartellierungen und Vertrustungen eingesetzt. Hieraus sind erwachsen: Weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und die Vernichtung bisher selbständiger Existenzen. So weitet sich die Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Besitz und Nichtbesitz.

Enorme volkswirtschaftliche Werte wurden durch den Krieg und seine Nachwirkungen zerstört. Zugleich wuchs eine neue Bourgeoisie aus Kriegslieferanten, Lebensmittelspekulanten und Geldwucherern empor. Diesem Aufstieg sozial wertloser, je gesellschaftsschädigender Elemente steht gegenüber die Hinunterdrückung zahlreicher geistiger Arbeiter, weiter Schichten der Beamten, Gelehrten und Künstler, der Ingenieure und Kaufleute, der Kleinrentner und anderer früher selbständiger wirtschaftlicher Existenzen in proletarische Lebensbedingungen.

In der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, drängt diese Entwicklung des Wirtschaftslebens durch den Einfluß des Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen zu imperialistischer Ausdehnung, zu Eroberung neuer Anlage- und Absatzmärkte. Sie verstärkt die Gefahr neuer internationaler Konflikte und beschwört welterschütternde Kriege herauf.

Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe durch Sozialisierung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische Gemeinwirtschaft überführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Auf- und Ausbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit entwickelt und zu lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden.

Hierzu wirken geistig befruchtend, wirtschaftlich erziehend, die Kampfkraft gegen den Kapitalismus stärkend die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse. Ferner ist unerläßlich die Festigung der Deutschen Republik, die Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen, entschlossener Kampf gegen jeden Versuch der Wiederaufrichtung des alten Obrigkeitsstaates oder einer neuen Minderheitsherrschaft.

Die Lebensrechte unseres Volkes wie die aller anderen Völker sind zu stützen durch eine internationale Rechtsordnung, die getragen ist von einem alle Völker als gleichberechtigte Mitglieder umspannenden wirklichen Völkerbund.

Die auf die Verwirklichung des Sozialismus gerichtete Arbeit bleibt aber unvollständig, wenn ihr nicht zur Seite geht die

internationale Verbindung und die internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder, die aus der Erkenntnis der Gemeinsamkeit ihrer Interessen erwächst.

Von diesen grundsätzlichen Anschauungen ausgehend, stellt die Sozialdemokratische Partei als Aktionsprogramm und als Ziel ihres Wirkens Forderungen auf.

Die wirtschaftlichen Forderungen

sind:

Die Bodenschätze und Naturkräfte sind der privaten Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Aller Privatbesitz an kapitalistischen Produktionsmitteln, vor allem die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts, solange sie noch nicht in öffentliche Betriebe überführt sind, sind vom Reiche zu kontrollieren, in der Leistungsfähigkeit zu steigern und in ihrer Preisregelung zu beaufsichtigen.

Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reiches und aller Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung und unter Vermeidung der Bureaukratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Verbrauchergenossenschaften.

Für die landwirtschaftliche Produktion und für die in ihr Beschäftigten

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Erleichterung des schweren Daseinskampfes des Kleinbesitzes, vor allem Förderung des genossenschaftlichen Betriebes zur Ausnutzung landwirtschaftlicher Maschinen, zum Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlicher Bedarfsartikeln.

Bis zur Sozialisierung des Getreidehandels die Organisierung des Verkaufes landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch Genossenschaften der Landwirte, eventuell durch Zwangsgenossenschaften. Förderung der Siedlungen unter Wahrung der höheren Rechte der Allgemeinheit.

Intensivierung der Landwirtschaft und Vermehrung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens mit finanzieller Unterstützung des Reiches, der Länder und Gemeinden. Kontrolle der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, Vorkaufsrecht von Reich, Ländern und Gemeinden bei jeder Besitzänderung.

Maßnahmen gegen Veräußerung von Grund und Boden, der dem Reich oder anderen öffentlichen Körperschaften gehört.

Sozialisierung des Großgrundbesitzes und Anbahnung der Sozialisierung des Hypothekenwesens.

Zur Ordnung der Reichsfinanzen

fordert die Sozialdemokratische Partei:

Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen

Sonderbesteuerung der von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffenen Vermögensbestandteile.

Ausreichende Besteuerung der landwirtschaftlichen Ueberschußwirtschaft.

Sicherung und Weiterbesteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie ihre Anpassung an die Wertveränderung und Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals.

Erhöhte Besteuerung jedes verschwenderischen Ueberverbrauchs.

Fortschreitende Erfassung der Steuer an der Quelle.

Für den Ausbau der Verfassung und Demokratisierung der Verwaltung

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik, Heranziehung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der deutschen Republik zum Einheitsstaat, einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbänden (Kreise, Bezirke, Provinzen). Uebertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

3. Vollständige verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberste Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems, Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrungen. Ersetzung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republirk mißbrauchen, durch zuverlässige Republikaner. Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählte Volksvertretung.

6. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufsständige Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

Für die Kommunalpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

I. Als Grundsätze der Gemeindeverfassung und Gemeindeverwaltung:

a) Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreterkörpers für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten. Wahl dieser zugleich beschließenden wie leitenden und ausführenden Gemeindevertretung nach Artikel 17 der Reichsverfassung und Möglichkeit der jederzeitigen Erneuerung durch kommunale Initiative, sowie Möglichkeit der Aufhebung und Abänderung ihrer Beschlüsse durch Volksabstimmung. Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung. Wahl der Bürgermeister auf Zeit durch die Gemeindevertretung. Gewährung von Diäten an die Gemeindevertreter. Straflosigkeit für Aeußerungen in Ausübung ihres Amtes.

b) Bildung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommunaleinheiten und Vereinigung von leistungsunfähigen Zwerggemeinden. Uebertragung aller Orts-, Kreis- und Provinzialgeschäfte zur selbständigen Besorgung an die entprechenden Verwaltungsbehörden, namentlich der Verwaltungs- und Ordnungspolizei zur Verwaltung in eigener Zuständigkeit, Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinde. Beseitigung des Bestätigungsrechtes der Aufsichtsbehörden für Organe, die von der Gemeinde gewählt oder von ihrer Vertretung gestellt werden.

II. Für die Gemeindefinanzen:

Der Gemeindebedarf wird gedeckt durch die Zuweisung von Anteilen an den Erträgen der Reichssteuern. Hierbei ist den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen. Besondere Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, insbesondere für Schul- und Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege und Wegebau. Recht zur Erhebung von kommunalen Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht ausdrücklich durch Gesetz verboten ist.

III. Für das Schulwesen:

Selbstverwaltung der Schulangelegenheiten durch die Gemeinden im Rahmen der Gesetze.

IV. Für die Wirtschaftsbetriebe:

Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben.

Zum weiteren Ausbau der Sozialpolitik

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Ein einheitliches Arbeitsrecht auf den Grundlagen w[illegible] Arbeiterschutzbestimmungen. Einheitliche durch die Einführung der Arbeitslosen-Familienfürsorge, der Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ausgebaute soziale Versicherung.

Einschneidende Sonderbestimmungen, vor allem Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit, Verbot der Nachtarbeit, der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in Betrieben von besonderr Gesundheitsschädlichkeit und hoher Unfallgefahr. Aeußerste Beschränkung der Nachtarbeit für erwachsene Männer, Verbot der Nachtarbeit für alle übrigen Beschäftigten.

Verbot jeder Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder.

Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden.

Ueberführung der Heimarbeit in geschlossene Betriebe.

Besondere Fürsorge für kinderreiche Familien.

Im besonderen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

für die Beamten des Reiches und aller anderen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen:

Anerkennung und Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Regelung der Dienstverhältnisse unter Mitwirkung der Beamtenräte. Anerkennung der Beamtengewerkschaften als wirtschaftliche Interessenvertretung. Revision des Disziplinarverfahrens. Freier Aufstieg der Beamten lediglich auf Grund ihrer Befähigung

Für den Ausbau und für die Verbesserung der Gesundheitspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeindebetrieb unter Beseitigung jeglicher privatkapitalistischer Wirtschaftsform. Ausdehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksangehörigen. Uebernahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Fürsorgeeinrichtungen sowie aller sonstigen der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land, Einrichtung von Entbindungsanstalten bis zur völligen Deckung der Bedürfnisse. Eingliederung der Aerzte, Hebammen und des übrigen Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsteilung und Arbeitsersparnis unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und allen Stätten der Herstellung, des Handels und des Vertriebes von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Totenbestattung in der Form der Beerdigung oder Einäscherung nach erfolgter Totenschau.

Zum Wohnungswesen

stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Forderungen auf:

Vergesellschaftung des Wohnungswesens, Beseitigung und Ersetzung ungesunder Wohnungen. Hebung der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht, Wohnungspflege und Siedlungswesen.

Reichsgesetzliche Regelung der Obdachspflicht.

Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

Zur Umgestaltung der Rechtspflege

fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Ueberwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziele ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz, Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache, Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste, schließlich Uebertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafverfahren fordern wir: volles Parteirecht des Angeklagten, Beschränkung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zulässigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozeß fordern wir: gleiche Rechtssicherheiten für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güteverfahren für alle Streitigkeiten, Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte und unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitersekretäre, Verstärkung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Klagerechtes der Armen.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Geldstrafe nach Steuereinheiten; bei Unvermögen Recht der Abarbeitung statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Verurteilung; Wiedergutmachung neben oder statt der Strafe; Berücksichtigung des Rechtsirrtums; Strafmilderung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmaße; scharfe Umgrenzung aller Tatbestände; erhöhter Schutz der Person, insbesondere auch ihrer Arbeitskraft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte; einheitlicher Ausbau des Wucherstrafrechts; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs; Beseitigung roher Disziplinarstrafen; Heilung oder Verwahrung gemeingefährlicher Trinker.

Für das Privatrecht fordern wir: ein besonderes Arbeitsgesetzbuch; ein besonderes Miet- und Wohnungsgesetzbuch; Neuordnung des Rechts der Hausangestellten; Einschränkung des freien Vertrages nach sozialem Bedürfnis; Neuregelung des Bodenrechts im Sinne des Obereigentums der Allgemeinheit; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht: erleichterte Ehescheidung; Beseitigung der Minderberechtigung der unehelichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Uebernahme der Fürsorgeerziehung auf Staat und Gemeinde; Verbot der körperlichen Züchtigung in Schulen und Erziehungsanstalten; Begrenzung des Erbrechts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Allgemeinheit am Ertrage des Urheberrechts; Schutz auch des abhängigen Erfinders; Neuordnung des Irrenrechts.

Zur Kulturpolitik

fixiert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Standpunkt in nachstehenden grundsätzlichen Festlegungen und Forderungen:

1. Alle Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft, Familienerziehung anvertraute Gemeinschaftsaufgabe.

2. Jugendhilfe ist zu einem selbständigen öffentlichen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten. Sie beginnt mit dem werdenden Kinde und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die öffentliche Schule ist zur weltlichen Einheitsschule auszugestalten, Umwandlung der Schulen in Lebens- und Arbeitsstätten der Jugend mit weitgehender Selbstverwaltung. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter. Zuziehung des Laienelements, Elternräte.

4. Körperliche Erziehung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

5. Gesinnungs- und erkenntnismäßige Erziehung zum Frieden.

6. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lernmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die Kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

7. Ermöglichung des Aufstiegs zur Führerschaft in der Wirtschaft durch Betriebsräteschulen, wirtschaftlichen Volkshochschulen, Arbeiterakademien.

8. Popularisierung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, Erschließung der Kunstschätze der Museen und Galerien für die Allgemeinheit. Wanderausstellung in der Provinz, Ausbau der Volksbühnen und der Volkskonzerte. Pflege der Heimatkultur.

9. Religion ist Privatsache. Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatssache, Trennung von Staat und Kirche.

Die Völkerbeziehungen und Internationale

erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nach nachstehenden Grundsätzen zu ordnen:

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.

2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt. In seinem Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.

3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsrichterlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.

5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

6. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.

7. Eine von den Grundsätzen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.

8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.

9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 26. August.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		26. August.	25. August.
Holland	100 fl.	2687.50	2622.50
Kopenhagen	100 Kr.	1472.50	1425.—
Stockholm	100 Kr.	1862.50	1827.50
Kristiania	100 Kr.	1157.50	1117.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	128.—	125.50
Schweiz	100 Frs.	1462.50	1430.—
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	10.75	10.37
Budapest	100 K.	22.50	22.25
Prag	100 K.	102.25	102.75
Spanien	100 Pesetas	1122.50	1090.—
London	1 £	317.75	310.75
Paris	100 Frs.	670.—	656.—
Belgien	100 Frs.	645.—	643.—
Italien	100 Lire	367.—	362.50
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	86.25	84.12
do. briefl. Ausz.	od. Scheck	86.12	83.87
Bukarest	100 Lei	102.—	104.—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 26. August 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Fahrzeit Std.
D.		Stralsund	Bick	Middlefart	-	12
D.		Finland	Holmberg	Abo	3	
D.		Siems	Passarge	v. See	13	
	S.	Venus	Stönegard	Horsen	3	
	S.	Elsa	Anderson	Kolding	1	
D.		Inge	Albert	Kopenhagen	5	

Angekommen am 27. August 1921.

	S.	Trio	Voß	Rostock	1½	
	S.	Anna	Burmeister	Moos	16	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg.
Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Konzerthaus Lübeck.

Für Sommerfeste sind der große Garten u. Säle noch an einigen Sonn- u. Wochentagen frei. Tel. 408

5724) **H. Cyriacks.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlds.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Distrikt Kücknitz.

Sommerfest

am Sonntag, dem 28. August in Dieckelmanns Gasthof.

Ab vorm. 10 Uhr:
Preisschießen und Glücksspiele für Herren, Damen und Kinder.

Ab 3 Uhr:
Gartenkonzert u. Tanz für Kinder.

Ab 6 Uhr: (5725

Großer Festball.

Hierzu ladet freundl. ein
Der Festausschuß.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Ortsgruppe Moisling. 5666

Lassalle-Feier

bestehend in
Referat, Kommers mit nachfolg. Ball
am Sonnabend, dem 27. August
im Kaffeehaus Moisling.

Mitwirkende: **Arbeiter-Gesang-, Turn- und Radfahrer-Verein.**

Anfang 7 Uhr.
Eintritt für Herren 3.25 Mk., Damen 2.60 Mk., exklusive Steuer.
Hierzu ladet freundl. ein
Das Festkomitee.

Flora

Sonntag:

TANZ

Eintritt frei. (5706

Deutscher

Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

sämtlicher am Hafen beschäftigt. Arbeiter
am Montag, dem 29. August
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission.

5732) Die Ortsverwaltung.

Deutscher

Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

(5740

Achtung! Bauschlosser!

Montag, den 29. d. Mts.
nachmittags 5 Uhr

Versammlung

im Gewerkschaftshaus.

Wichtige Tagesordnung.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen an dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Schwaner & Heeschen

das bekannte und besteingeführte **Spezial-Haus** in

Teppichen — Gardinen
Möbel-Stoffen
Tapeten

von heute ab wieder
in den früheren Geschäftsräumen

5743

Königstraße 69–71.

Geniner Baum.

Sonntag, 28. August:

Erntefest

mit Gratisüberraschungen

5761) Anfang 6 Uhr.

Luisenlust. Morgen Sonntag: (5703

Tanz. Eintritt und Tanz frei.

Einsegel. (5734

Jeden Sonntag: Tanz.

Infolge wiederholter Arbeitsverweigerung der Arbeiter am Sonnabend, dem 21. und Sonnabend, dem 27. ds. Mts. durch die Leute, deren Arbeit zur Aufrechterhaltung des Betriebes auch an solchen Tagen unbedingt erforderlich ist, an denen infolge Arbeitsstreckung sonst nicht gearbeitet wird, sind wir nicht mehr in der Lage, einen geordneten Betrieb weiter aufrecht zu erhalten und durchzuführen. Dadurch sind wir genötigt, hiermit außer der Entlassung der Arbeiter, die die Arbeit verweigert haben, die Entlassung sämtlicher Arbeitnehmer unseres Werkes auszusprechen. Über Abholung der Papiere und Auszahlung ausstehender Forderungen der Arbeitnehmer erfolgt Sonderbekanntmachung. (5762

Die Direktion der Schiffs- u. Dockbauwerft A.-G., Siems, Zweigniederlassung der Brückenbau Flender A.-G., Benrath.

Freier Wassersport-Verein,

Lübeck.

Einladung

zu dem am 28. August 1921 stattfindenden

Schwimmfest

in der Badeanstalt „Krähenteich".
Anfang 2½ Uhr.
Abends (5728

Großer Festball

im „Gewerkschaftshaus".
Anfang 6 Uhr. Kassenöffnung 5½ Uhr.

Der Vorstand.

Konzerthaus Lübeck

Sonntag, 28. August 1921
nachmittags 4½ Uhr

Konzert u. Ball.

5696

Mekelbörger Plattdütscher Verein.

28jähriges

Stiftungsfest

an'n Sünndag, den 28. August 1921
in'n „Kolosseum".

Scheiten för Manslüd

Vergnäugen för Fruenslüd un Kinner.

Anfang Klock 4. Dei Kaß ward Klock ½4 upmakt.

Intritt för Manslüd 4.— Mk.,
för Fruenslüd 3.— Mk. un dei Stür.

Del Vörstand.

NB. Mandsversammlung an'n Dünnerstag, den 1. September, abends Klock 8 in de Markthalle. Dagesordnung ward in dei Versammlung bekannt makt. (5748

Trocadero

Lübeck (5756

Schüsselbuden 4. Tel. 787.

Von 4½ Uhr nachmittags

Erno Schäckel-Konzert

Lindenhof-Israelsdorf.

Am Sonntag: (5708

In den Veranden: Eintritt frei. **Konzert.**

Im Saal: **Vornehme Ballmusik**

Anfang 4 Uhr nachm.

Tel. 1910. **Victor Klempau.**

(5738

Stadthallen-Lichtspiele

Ab heute,
den 26. August 1921:

Danton

ausserdem das

glänzende Programm.

Friedrich-Franz-Halle.

Jeden Sonntag: (5707

Tanz.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Hansa-Theater

8 Uhr. 8 Uhr.

Nur noch in 5 Vorstellungen Auftreten von

3 Riselys.
komische Akrobaten mit ihrem Hunde Terry.

3 Schwest. Fakory.
die unvergleichlichen Trapezkünstlerinnen.

Severo?

2 Gezettis
mit ihrem eigenartigen Wurfapparat.

5 Jamtros
in ihrer akrobatischen Szene „Im Park".

Gastspiel des Universalkünstlers (5732

Karl Scherber.

Stadttheater Lübeck.

Sonnab., 27. Aug., 7.30 U.: **Hoffmanns Erzählungen.** 2. Vorst. i. Sonnab.-Abonn.

Sonntag, 28. Aug., 2.30 U. 2. V. f. d. Arb.-Bildungsv. **Ein Sommernachtstraum.** Einzelkartenverkauf an der Theaterkasse.

Sonntag, 28. Aug., 7.30 U.: **Cavalleria rusticana,** hierauf: **Der Bajazzo.**

Wegen der Vorbereitungen für die Nordische Woche fällt das Kolosseums-Konzert am Montag aus, es wird später nachgeholt.

Nordische Woche.

Die für die Nordische Woche bestellten Eintrittskarten sind spätestens 3 Tage vor der betreffenden Vorstellung bei der Theaterkasse einzulösen, da andernfalls bei der großen Nachfrage über die Karten verfügt werden wird. (5720

Stadttheater Lübeck.

Nordische Woche.

Abonnements für die Vorstellungen werden in der Theaterkanzlei entgegengenommen. Einzelkartenverkauf an der Theaterkasse. Es wird gebeten, die bestellten Abonnements- und Tageskarten alsbald bei der Theaterkasse einzulösen. (5717

Beilage zu Nr. 200
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Sonnabend, den 27. August 1921

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 27. August.

Musterschau von Lübecks Industrie und Handwerk in der Nordischen Woche.

Recht wenig unterrichtet ist die Bevölkerung Lübecks und deren näheren und weiteren Umgebung über den Umfang, Zweck und Wert dieser Musterschau, und wird das Erstaunen über die Fülle des hier Gebotenen seitens der Besucher bei der Eröffnung groß sein. Es ist ein erfreuliches Ergebnis, daß annähernd 150 Firmen der Industrie und des Handwerks Lübecks ihre Erzeugnisse zur Schau bringen. Alle sind bestrebt, nur beste Qualitätsarbeiten auszustellen, sowohl im Hinblick auf die Güte des Materials als auch der Arbeit, der Form und Farbengebung.

Soll doch die Musterschau, dessen sind sich der leitende Ausschuß wie auch die Aussteller voll bewußt, dazu dienen, den Geschäftsverkehr mit den nordischen Ländern neu zu beleben und die alten guten geschäftlichen Beziehungen von Industrie und Handwerk unserer alten Hansestadt zu diesen Ländern zu erweitern. Dazu können nur solche Erzeugnisse dienen, die in Qualität, gutem Geschmack und Preiswürdigkeit durchaus vollwertig sind. Es ist Bedingung, daß die auf der Musterschau ausgestellten Erzeugnisse von den ausstellenden Firmen fertig gestellt sind. Seitens der Ausstellungsleitung werden alle diesen Anforderungen nicht entsprechende Ausstellungsgegenstände zurückgewiesen. Hieraus ergibt sich der vornehme Charakter der Ausstellung von selbst.

Die bauleitenden Architekten haben es verstanden, auf dem für die Ausstellung zur Verfügung stehenden Gelände zwischen Holstentor, altem Bahnhof und der Trave Ausstellungshallen zu schaffen, die in Anpassung an die örtlichen Verhältnisse, unter Berücksichtigung der vorhandenen Gebäude allerseits als günstige Lösung zu bezeichnen sind. Galt es doch vor allen Dingen, die Wirkung des historischen Baudenkmals des Holstentores keinesfalls zu beeinträchtigen, eine gewiß nicht leichte Aufgabe.

Die Raumverteilung innerhalb der Hallen nimmt auf die Gruppen der Ausstellungsgegenstände Rücksicht, betont vor allen Dingen leichte Uebersicht und trägt in breit angelegten Gängen der Bequemlichkeit der Besucher Rechnung. Sehr bedeutend ist die Beteiligung aus der Lübecker Großindustrie. Sämtliche Firmen sind mit ihren besten Erzeugnissen vertreten. Würdig schließt sich ihnen die Möbelindustrie, die ihre Ausstellung zu einem einheitlichen Gesamtbild gestaltet hat, an.

Die kleine Industrie mit ihren verschiedenartigen Erzeugnissen nimmt einen breiten Raum der Ausstellung ein.

Auch die Fischkonservenindustrie mit ihren Erzeugnissen wird umfangreich vertreten sein und in der Ausstellung sämtliche zur Bereitung der Fischkonserven verwendeten Maschinen im Betrieb vorführen. Nahrungsmittel, Oele, Fette und Verpackungsmaterial werden das Bild der Industrie vervollständigen.

Das Handwerk wird mit seinen besten Erzeugnissen vertreten sein. Tischler, Glaser, Töpfer, Schlosser, Photographen, auch die Buchdruckereien und Verlagsanstalten, stellten die besten Erzeugnisse ihrer Betriebe aus. Das Lübecker Kunstgewerbe wird getriebene Silberarbeiten, Bleiverglasungen, Glasmalereien und getriebene Lederarbeiten in vollendeter Ausführung zeigen.

Am Bollwerk der Fischauktionsstelle werden Fischdampfer mit ihren Fanggeräten zur Besichtigung bereit liegen. Alles in allem wird die Ausstellung ein anschauliches Bild der Lübecker Industrie und des Handwerks geben. Die Besucher werden reich an Eindrücken und überrascht von der Fülle des Gebotenen mit Befriedigung die Ausstellung besichtigen, zumal das Eintrittsgeld so niedrig bemessen wird, daß allen Kreisen der Besuch der Ausstellung möglich sein wird. J. K.

•

Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat unterm 28. Juli 1921 beim Senat beantragt, mit Rücksicht auf die eingetretene Teuerung den Gemeinde- und Staatsarbeitern eine 25prozentige Lohnerhöhung zu gewähren. Die zwischen den Kommissaren des Senats und den Vertretern des Verbandes geführten Verhandlungen haben zu einer Einigung dahin geführt, daß, vorbehältlich der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften, mit Wirkung vom 15. August 1921 ab die Löhne der verheirateten Arbeiter um 60 Pfg., die der ledigen Arbeiter und Frauen um 45 Pfg. für die Stunde erhöht werden mit der gegenseitigen Vereinbarung, daß weitere Lohnerhöhungen nicht vor Abschluß der Verhandlungen mit den Arbeitern des Reiches oder vor dem 1. Oktober 1921 stattfinden dürfen. Nach einer Schätzung beträgt die sich aus der vorstehend genannten Lohnerhöhung ergebende Mehrausgabe für ein Jahr etwa 1 500 000 Mk. und für den Rest des laufenden Rechnungsjahres etwa 900 000 Mk. Der Senat ist den Abmachungen seiner Kommissare beigetreten und stellt demgemäß zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: 1. daß den Gemeinde- und Staatsarbeitern mit Wirkung vom 15. August 1921 ab die folgenden erhöhten Löhne gezahlt werden:

	über 20 Jahre verheiratet	über 20 Jahre ledig	unter 20 Jahren
gelernte Arbeiter	6,20 Mk.	5,95 Mk.	4,10 Mk.
angelernte Arbeiter	5,95 Mk.	5,70 Mk.	3,90 Mk.
ungelernte Arbeiter	5,80 Mk.	5,55 Mk.	3,80 Mk.

Reinmache-, Kartoffelschäl-, Küchen- und Waschfrauen 2,90 Mk., Näherinnen 2,90 Mk., Näherinnen an elektrischen Maschinen 2,95 Mark, Gartenarbeiterinnen, Plätterinnen 3,05 Mk., Treibhausarbeiterinnen auf den Friedhöfen 3,15, Schneiderinnen 3,45 Mk., Badewärterinnen in der Warmbadeanstalt 3,05 Mk., Kassiererinnen in der Warmbadeanstalt 2,95 Mk. — 2. daß die zur Verhandlung mit den Arbeitervertretern bestellten Senatskommissare ermächtigt werden, auf dieser Grundlage mit dem Staats- und Gemeindearbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck, einen Tarifvertrag abzuschließen, 3. daß die erforderlich werdende Mehrausgabe von 900 000 Mk. angewiesen werden.

Erhöhung der Löhne für das Personal der Lübecker Straßenbahn. Der Deutsche Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck, hat den bezüglich der Betriebsangehörigen der Lübecker Straßenbahn mit ihm abgeschlossenen Tarifvertrag zum 15. August 1921 gekündigt. Die zwischen den Kommissaren des Senates und den Vertretern des Verbandes geführten Verhandlungen haben zu einer Einigung dahin geführt, daß, vorbehältlich der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften, mit Wirkung vom 15. August 1921 ab die Löhne der Verheirateten um 60 Pfg. und die der Ledigen und Frauen um 45 Pfg. für die Stunde erhöht werden mit der gegenseitigen Vereinbarung, daß weitere Lohnerhöhungen nicht vor Abschluß der Verhandlungen mit den Arbeitern des Reiches oder vor dem 1. Oktober 1921 stattfinden dürfen. Nach den angestellten Berechnungen beträgt die sich aus der vorstehend genannten Lohnerhöhung ergebende Mehrausgabe für die 7½ Monate des laufenden Rechnungsjahres 562 500 Mk. Die Betriebsbehörde, Abt. Straßenbahn, wird demnächst über die Deckungsfrage berichten. Der Senat ist den Abmachungen seiner Kommissare beigetreten und stellt demgemäß zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: 1. daß den Betriebsangehörigen der Lübecker Straßenbahn vom 15. August 1921 ab die folgenden erhöhten Löhne gezahlt werden:

	verheiratet	ledig	
Führer	1245 Mk.	1195 Mk.	für den Monat,
Schaffner	1225 Mk.	1175 Mk.	für den Monat,
gelernte Arbeiter	6,20 Mk.	5,95 Mk.	für die Stunde,
angelernte Arbeiter	5,95 Mk.	5,70 Mk.	für die Stunde,
ungelernte Arbeiter	5,80 Mk.	5,55 Mk.	für die Stunde,
Frauen	2,90 Mk.	für die Stunde,	
Schienenwärter	32 Mk.	für den Kalendertag.	

2. daß die zur Verhandlung mit den Arbeitervertretern bestellten Senatskommissare ermächtigt werden, auf dieser Grundlage mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck, einen Tarifvertrag abzuschließen; 3. daß die erforderlich werdende Mehrausgabe von 562 500 Mk. angewiesen werden.

Flugpostverkehr nach überseeischen Ländern über England. Briefsendungen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Kanada und Südafrika über England können mit der werktäglichen Flugpost Berlin (Hamburg)-Bremen-Amsterdam-London, Abflug Berlin 7,30 vorm., Hamburg 9,15 vorm., Bremen 10,45 vorm., Ankunft London 5,25 nachm., beschleunigt an den Abgangshafen gebracht werden. Der Flugzuschlag beträgt für Postkarten 40 Pfg., für Briefe 40 Pfg. für je 20 Gramm und für sonstige Briefsendungen 1 Mark für je 50 Gramm. Die Sendungen erreichen bei regelmäßigem Flugverlauf die am folgenden Tage von Southampton und Liverpool abgehenden Dampfer. Die Abgangstage der Schiffe können bei den Postanstalten erfragt werden und sind auch aus der monatlich vom Reichspostministerium herausgegebenen Leitübersicht für Briefsendungen nach außereuropäischen Ländern ersichtlich, die zum Bezugspreis von 3 Mk. für das Halbjahr bei jeder Postanstalt bestellt werden kann und auch regelmäßig in den „Verkehrsnachrichten für Post- und Telegraphie" abgedruckt wird.

Strafkammer. Teures Mehl. Wegen Vergehens gegen die Reichsgetreideordnung war der hiesige Kaufmann P. vom Schöffengericht in eine Geldstrafe von 500 Mk. genommen worden. Er hatte im März dieses Jahres in Ratzeburg angeblich von einem Deputatknecht 50 Pfund Mehl gekauft, wobei er abgefaßt wurde. Der Angeklagte, der einige Tage zuvor in Hamburg auf dem Bahnhof mit Mehl angehalten worden war, will zu diesem Ankauf berechtigt gewesen sein, da die Lauenburger Bäckermeister die Erlaubnis gehabt haben sollen, Kochmehl freihändig zu verkaufen. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde verworfen. Der Angeklagte hat also außer der Strafe auch noch die Kosten des neuen Termins zu tragen. — Unsittliche Postkarten hat der Zigarrenhändler P. in seinem Laden verkauft. Er war deshalb vom Schöffengericht zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Die Verhandlungen, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt wurden, endeten mit der Verurteilung des Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

Mieterschaft Lübecks! Vom Neuen Grundeigentümerverein ist der Antrag auf Erhöhung der Mieten erneut beim Einigungsamt gestellt. Wollt Ihr wieder stillschweigend zugeben, daß man Euch auf die 75 bis 100 Prozent noch weitere 25 bis 50 Prozent auferlegt? Tretet heraus zum Protest gegen diese Anmaßung der Hausbesitzer und schließt Euch der Organisation der Mieter an, um geschlossen dieser ungerechten Forderung entgegentreten zu können. Hier hilft nur ein geschlossenes Handeln. Deshalb tretet dem Mieterschutzverein bei; der Eure Interessen wahrnimmt.

Pfennigrechnung beim Steuerabzug. Bisher bestand eine Verordnung des Finanzministeriums, wonach der Steuerabzug aller Lohnzahlungen nur von der vollen Mark berechnet werden durfte, wobei die Berechnung der Pfennige außer acht blieb. Nach einer neuen Verfügung muß bei allen Lohnauszahlungen vom 31. Juni 1921 ab auch bei den Pfennigen der Steuerabzug durchgeführt werden, so daß zum Beispiel bei einer Summe von 34,40 Mk. nicht mehr, wie bisher, 3,40 Mk., sondern 3,44 Mk. als Steuer in Anrechnung kommen.

Ausstellung der Neuerwerbungen im St. Annen-Museum. Im Eingangsraum des Museums sind jetzt die Neuerwerbungen aufgestellt, die bereits im letzten Jahresbericht besprochen werden konnten, mit Ausnahme der Silberarbeiten, die ihre endgültige Unterbringung im Sakristei-Raum schon seit längerer Zeit erfahren haben. Auffallend ist vor allem, daß zum ersten Mal auch einige Arbeiten neuzeitlichen Kunstgewerbes angeschafft worden sind, allerdings nicht aus Staatsmitteln, sondern als Stiftungen einheimischer und auswärtiger Kunstfreunde. Sie sollen später mit alten Gegenständen der jeweils gleichen Technik in einem gesonderten Raum vereinigt werden, wenn genügend Material vorhanden sein wird, um die Wiederbelebung vergessener Zweige alten Kunstgewerbes in der Gegenwart vorbildlich darzustellen. Besonderes Interesse wird ein Panorama von Lübeck erwecken, gesehen vom Pariner Berg, etwa 1810 vom Schweizer Maler Bleuler gemalt, ein Geschenk der Firma H. G. & L. F. Blohm, Hamburg, leider bisher noch unmontiert. — Seit Abschluß des Jahresberichtes sind eine Reihe weiterer Neuerwerbungen hinzugekommen, darunter zwei Stücke von außergewöhnlicher Bedeutung: ein vorzüglich erhaltenes Exemplar der Lübecker Bibel von 1494 als Leihgabe der römisch-katholischen Kirche, hier, und die Holzfigur des heiligen Michael aus der Zeit um 1500 als Vermächtnis der Frau Dr. Gütschow, ebenfalls in Lübeck. Die niederdeutsche Lübecker Bibel ist wegen ihrer vortrefflichen Holzschnitte der schlechthin gesuchteste deutsche Wiegendruck und war in unserer Stadt bisher nur in einem leider durch Kolorierung entstellten Exemplar der Stadtbibliothek vorhanden. Der Name des Künstlers der Holzschnitte ist unbe-

Kleider machen Leute.

Erzählung von Gottfried Keller.

8. Fortsetzung.

Als sich die einsame Schöne näher über ihn hinbeugte und ihn ganz sicher erkannte, sah sie auch sogleich die Gefahr, in der sein Leben schwebte, und fürchtete, er möchte bereits erfroren sein. Sie ergriff daher unbedenklich eine seiner Hände, die kalt und fühllos schien. Alles andere vergessend, rüttelte sie den Aermsten und rief ihm seinen Taufnamen ins Ohr: „Wenzel! Wenzel!" Umsonst, er rührte sich nicht, sondern atmete nur schwach und traurig. Da fiel sie über ihn her, fuhr mit der Hand über sein Gesicht, und gab ihm in der Beängstigung Nasenstüber auf die erbleichte Nasenspitze. Dann nahm sie, hierdurch auf einen guten Gedanken gebracht, Hände voll Schnee und rieb ihm die Nase und das Gesicht und auch die Finger tüchtig, soviel sie vermochte und bis sich der glücklich Unglückliche erholte, erwachte und langsam seine Gestalt in die Höhe richtete.

Er blickte um sich und sah die Retterin vor sich stehen. Sie hatte den Schleier zurückgeschlagen; Wenzel erkannte jeden Zug in ihrem weißen Gesicht, das ihn ansah mit großen Augen.

Er stürzte vor ihr nieder, küßte den Saum ihres Mantels und rief: „Verzeih mir! Verzeih mir!"

„Komm, fremder Mensch!" sagte sie mit unterdrückter zitternder Stimme, „ich werde mit dir sprechen und dich fortschaffen!"

Sie winkte ihm, in den Schlitten zu steigen, was er folgsam tat; sie gab ihm Mütze und Handschuh, ebenso unwillkürlich, wie sie dieselben mitgenommen hatte, ergriff Zügel und Peitsche und fuhr vorwärts.

Jenseits des Waldes, unfern der Straße, lag ein Bauernhof, auf welchem eine Bäuerin hauste, deren Mann unlängst gestorben. Nettchen war die Patin eines ihrer Kinder, sowie der Vater Amtsrat ihr Zinsherr. Noch neulich war die Frau bei ihnen gewesen, um der Tochter Glück zu wünschen und allerlei Rat zu holen, konnte aber zu dieser Stunde noch nichts von dem Wandel der Dinge wissen.

Nach diesem Hofe fuhr Nettchen jetzt, von der Straße ablenkend und mit einem kräftigen Peitschenknallen vor dem Hause haltend. Es war noch Licht hinter den kleinen Fenstern; denn die Bäuerin war wach und machte sich zu schaffen, während Kinder und Gesinde längst schliefen. Sie öffnete das Fenster und guckte verwundert heraus. „Ich bin's nur, wir sind's!" rief Nettchen. „Wir haben uns verirrt wegen der neuen oberen Straße, die ich noch nie gefahren bin; macht uns einen Kaffee, Frau Gevatterin, und laßt uns einen Augenblick hineinkommen, ehe wir weiter fahren!"

Gar vergnügt eilte die Bäuerin her, da sie Nettchen sofort erkannte, und bezeigte sich entzückt und eingeschüchtert zugleich, auch das große Tier, den fremden Grafen zu sehen. In ihren Augen waren Glück und Glanz dieser Welt in diesen zwei Personen über ihre Schwelle getreten; unbestimmte Hoffnungen, einen kleinen Teil daran, irgendeinen bescheidenen Nutzen für sich oder ihre Kinder zu gewinnen, belebten die gute Frau und gaben ihr alle Behendigkeit, die jungen Herrschaftsleute zu bedienen. Schnell hatte sie ein Knechtchen geweckt, die Pferde zu halten, und bald hatte sie auch einen heißen Kaffee bereitet, welchen sie jetzt hereinbrachte, wo Wenzel und Nettchen in der halbdunklen Stube einander gegenüber saßen, ein schwach flackerndes Lämpchen zwischen sich auf dem Tische.

Wenzel saß, den Kopf in die Hände gestützt, und wagte nicht aufzublicken. Nettchen lehnte auf ihrem Stuhle zurück und hielt die Augen fest verschlossen, aber ebenso den bittern schönen Mund, woran man sah, daß sie keineswegs schlief.

Als die Gevatterfrau den Trank auf den Tisch gesetzt hatte, erhob sich Nettchen rasch und flüsterte ihr zu: „Laßt uns jetzt eine halbe Viertelstunde allein, legt Euch aufs Bett, liebe Frau, wir haben uns ein bißchen gezankt und müssen uns heute noch aussprechen, da hier gute Gelegenheit ist!"

„Ich verstehe schon, Ihr macht's gut so!" sagte die Frau und ließ die zwei bald allein.

„Trinken Sie dies", sagte Nettchen, die sich wieder gesetzt hatte, „es wird Ihnen gesund sein!" Sie selbst berührte nichts. Wenzel Strapinski, der leise zitterte, richtete sich auf, nahm eine Tasse und trank sie aus, mehr weil sie es gesagt hatte, als um sich zu erfrischen. Er blickte sie jetzt auch an, und als ihre Augen sich begegneten und Nettchen forschend die seinigen betrachtete, schüttelte sie das Haupt und sagte dann: „Wer sind Sie? Was wollten Sie mit mir?"

„Ich bin nicht ganz so, wie ich scheine!" erwiderte er traurig, „ich bin ein armer Narr, aber ich werde alles gutmachen und Ihnen Genugtuung geben und nicht lange mehr am Leben sein!" Solche Worte sagte er so überzeugt und ohne allen gemachten Ausdruck, daß Nettchens Augen unmerklich aufblitzten. Dennoch wiederholte sie: „Ich wünsche zu wissen, wer Sie eigentlich seien und woher Sie kommen und wohin Sie wollen?"

„Es ist alles so gekommen, wie ich Ihnen jetzt der Wahrheit gemäß erzählen will, antwortete er und sagte ihr, wer er sei und wie es ihm bei seinem Einzuge in Goldach ergangen. Er beteuerte besonders, wie er mehrmals habe fliehen wollen, schließlich aber durch ihr Erscheinen selbst gehindert worden sei, wie in einem verhexten Traume.

Nettchen wurde mehrmals von einem Anflug von Lachen heimgesucht; doch überwog der Ernst ihrer Angelegenheit zu sehr, als daß es zum Ausbruch gekommen wäre. Sie fuhr vielmehr fort zu fragen: „Und wohin gedachten Sie mit mir zu gehen und was zu beginnen?" — „Ich weiß es kaum," erwiderte er; „ich hoffte auf weitere merkwürdige oder glückliche Dinge; auch gedachte ich zuweilen des Todes in der Art, daß ich mir denselben geben wolle, nachdem ich —"

Hier stockte Wenzel und sein bleiches Gesicht wurde ganz rot.

„Nun, fahren Sie fort!" sagte Nettchen ihrerseits bleich werdend, indessen ihr Herz wunderlich klopfte.

Da flammten Wenzels Augen groß und süß auf und er rief:

„Ja, jetzt ist es mir klar und deutlich vor Augen, wie es gekommen wäre! Ich wäre mit dir in die weite Welt gegangen, und nachdem ich einige kurze Tage des Glückes mit dir gelebt, hätte ich dir den Betrug gestanden und mir gleichzeitig den Tod gegeben. Du wärst zu deinem Vater zurückgekehrt, wo du wohl aufgehoben gewesen wärest und mich leicht vergessen hättest. Niemand brauchte darum zu wissen; ich wäre spurlos verschollen. — Anstatt an der Sehnsucht nach einem würdigen Dasein, nach einem gütigen Herzen, nach Liebe lebenslang zu kranken", fuhr er wehmütig fort, „wäre ich einen Augenblick lang groß und glücklich gewesen und hoch über allen, die weder glücklich noch unglücklich sind und doch nie sterben wollen! O hätten Sie mich liegen gelassen im kalten Schnee, ich wäre so ruhig eingeschlafen!"

Er war wieder still geworden und schaute düster sinnend vor sich hin.

Nach einer Weile sagte Nettchen, die ihn still betrachtet, nachdem das durch Wenzels Reden angefachte Schlagen ihres Herzens sich etwas gelegt hatte:

„Haben Sie dergleichen oder ähnliche Streiche früher schon begangen und fremde Menschen angelogen, die Ihnen nichts zuleide getan?"

„Das habe ich mich in dieser bitteren Nacht selbst schon gefragt und mich nicht erinnert, daß ich je ein Lügner gewesen bin! Ein solches Abenteuer habe ich noch gar nie gemacht oder erfahren! Ja, in jenen Tagen, als der Hang in mir entstanden, etwas Ordentliches zu sein oder zu scheinen, in halber Kindheit noch, habe ich mich selbst überwunden und einem Glück entsagt, das mir beschieden schien!"

„Was ist dies? fragte Nettchen.

„Meine Mutter war, ehe sie sich verheiratet hatte, in Diensten einer benachbarten Gutsherrin und mit derselben auf Reisen und in großen Städten gewesen. Davon hatte sie eine feinere Art bekommen, als die anderen Weiber unseres Dorfes, und war wohl auch etwas eitel; denn sie kleidete sich und mich, ihr einziges Kind, immer etwas zierlicher und gesuchter, als es bei uns Sitte war. Der Vater, ein armer Schulmeister, starb aber früh, und so blieb uns bei größter Armut keine Aussicht auf glückliche Erlebnisse, von welchen die Mutter gerne zu träumen pflegte. Vielmehr mußte sie sich harter Arbeit hingeben, um uns zu ernähren, und damit das Liebste, was sie hatte, etwas bessere Haltung und Kleidung, aufopfern.

(Fortsetzung folgt.)

kannt, doch gehört seine künstlerisch klar umrissene Persönlichkeit, als eine der bedeutendsten der Zeit, schon lange der Kunstgeschichte an. Die neuere Forschung neigt dazu, in ihm einen Holländer zu sehen, der frühzeitig italienische Schulung erfahren hat. Doch muß der Künstler längere Zeit in Lübeck gelebt haben, da von seiner Hand auch die Illustrationen zum Totentanz von 1489 stammen. — Die Holzschnitzerei des heiligen Michael kann nicht als gesicherte Lübecker Arbeit gelten; ihre Herkunft bedarf noch der wissenschaftlichen Untersuchung. Die Gebärdensprache ist kühn und einprägsam, namentlich das seltsam wie ein Menschenarm aufgerichtete Drachenbein; Schwert und Speer sind ergänzt. Dr. H.

Schließung des Flenderwerkes. Die Werftgewaltigen suchen ihre Macht zu erproben. Sie zählten seit je zu den stärksten Stützen der Reaktion und Herrenmenschen, die unbedingte Unterwürfigkeit der Arbeiterschaft forderten. Seit langem schon wird darüber nachgesonnen, wie man der Arbeiterschaft an den Kragen springen kann. Nun glaubt man den Punkt gefunden zu haben, wo der Hebel angesetzt werden soll. Man schützt den zu schnellen Schwund der vom Reich bewilligten Mittel zum Schiffbau vor. Die Arbeitsstreckung soll auf alleinige Kosten der Arbeiter erfolgen, und nebenbei gedenkt man, eine Reinigung des Betriebes von mißliebigen Arbeitern durchzuführen. Das ist des Pudels Kern. Das Flenderwerk kündigt also im Inseratenteil die Schließung des Betriebes an und übersendet uns zugleich ein erläuterndes Schriftstück, in dem erklärt wird, der Werft sei es durch besondere Verhandlungen gelungen, zu erreichen, daß wenigstens 2 größere von den in Auftrag habenden Dampfern sowie einige kleinere, welche ihrer Vollendung entgegen gehen, beschleunigt fertig gestellt werden sollten. Auf diese Weise konnten gleichzeitig für einen Teil der Belegschaft die Härten, welche in der Arbeitsstreckung lagen, gemildert werden. Die Direktion habe die Arbeiterschaft noch gestern über die Lage unterrichtet. Betriebsversammlung und Betriebsrat lehnten jedoch die Anordnungen der Direktion ab. Die durch keinerlei wirtschaftliche Gesichtspunkte gerechtfertigte Haltung der Arbeiterschaft nötige die Direktion im Interesse der Aufrechterhaltung einer geordneten Betriebsführung und der Einhaltung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zur sofortigen Schließung des Werkes. — Die Organisation des deutschen Metallarbeiterverbandes wird zu der Angelegenheit Stellung nehmen. Sie hat auch bereits bei den zuständigen Behörden Einspruch erhoben.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Firma Friedr. Evers & Sohn, Siems, befinden sich im Streik. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Stadttheater. Im Sonnabend-Abonnement werden Hoffmanns Erzählungen gegeben. Für die Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins am Sonntag nachmittag „Ein Sommernachtstraum", sind noch Einzelkarten an der Theaterkasse zu haben. Auf vielfachem Wunsch am Sonntag abend: „Cavalleria rusticana" und „Der Bajazzo". Montag, Dienstag, Mittwoch bleibt das Theater wegen Vorbereitungen für die Nordische Woche geschlossen.

Pilzauskunftsstellen. Mit der Pilzzeit kommen alljährlich auch wieder Fälle von Pilzvergiftungen vor. Um solchen Vergiftungsfällen vorzubeugen und allen die Möglichkeit zu geben, die Pilze als wertvolles Nahrungsmittel auszunutzen, ist wie in vielen anderen Städten Deutschlands auch in Lübeck im Auftrage des Gesundheitsamtes bei der Hauptstelle für Pflanzenschutz (Museum am Dom) eine Pflanzenauskunftsstelle eingerichtet, in der werktäglich von 11—1 Uhr Pilze zur Untersuchung eingeliefert werden können. Die Auskunft wird nach Möglichkeit sofort erteilt, auch ist sie kostenlos.

•

k. **Schlutup.** Eine ziemlich gut besuchte öffentliche Volksversammlung fand am Mittwoch abend im Gasthof „Zur Post" statt. Der Referent, Genosse Haut, verstand es in seinem Referat, der Versammlung in ausführlicher Weise klar zu legen, was die Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiterschaft im Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien tut und zu tun gedenkt. Näher eingehend auf die Steuer- und Wirtschaftspolitik im Reiche, forderte er rücksichtsloses Vorgehen gegen die besitzenden Klassen. Um dieses erreichen zu können, sei eine geschlossene Front gegen alle reaktionären Kreise Vorbedingung. In der darauffolgenden Diskussion verzapfte der Kommunist Windisch seine schon so oft gehörten Moskauer Ideale. Eins muß Herrn Windisch nachgesagt werden, daß er sich gegen früher bedeutend sachlicher benimmt. In seinem Schlußwort widerlegte der Referent Genosse Haut dem Diskussionsredner treffend sämtliche Verdrehungen, und erteilte ihm den guten Rat, sich in Zukunft etwas mehr mit sozialistischen Ideen zu befassen. Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil. Alsdann richtete der Versammlungsleiter an die Anwesenden einen warmen Appell, sich einmütig der alten kampferprobten sozialdemokratischen Partei anzuschließen.

Angrenzende Gebiete.

Stockelsdorf. Unser Gewerkschaftsfest findet am Sonntag, dem 28. August, statt. Der Festzug beginnt um 2 Uhr von O. Diedrichsen nach dem Gemeindegarten. Dort ist für Herren- und Damenbelustigung gesorgt. Wir laden hiermit nochmals alle auswärtigen Gewerkschaften herzlichst ein. Die Stockelsdorfer Arbeiterschaft muß dafür Sorge tragen, daß das Fest den Bürgerlichen zeigt, daß die Arbeiterschaft geschlossen dasteht.

Ratzeburg. Wie man im Mecklenburgischen für arme Leute sorgt, zeigen die Zustände im Armenkaten zu Schlagsdorf. Dort sind zwei schwachsinnige Mädchen untergebracht, die zusammen in einem Bett schlafen müssen, das aller Beschreibung spottet. Angeblich ist kein Geld vorhanden, um eine halbwegs anständige Lagerstätte zu beschaffen, was auch von Pastor Eulenberg in Ratzeburg bestätigt wird. Bezeichnend ist es, daß das Amt Schönberg mehrfach auf die traurigen Zustände hingewiesen, aber nichts unternommen hat. Es heißt einfach, die Mittel der Armenkasse seien erschöpft. Die reichen Gemeinden sind nicht willens, die notwendigsten Gebote der Menschlichkeit zu erfüllen und lassen einfach die Enterbten verkommen. Nun soll beantragt sein, die beiden Mädchen in einer Anstalt unterzubringen.

Hamburg. Die Hafenarbeiter lehnen den neuen Einigungsvorschlag des Schlichtungsausschusses ab. Der Schiedsspruch billigt den Arbeitern für jede gearbeitete Schicht eine Zulage von 8 Mk., den weiblichen und jugendlichen Arbeitern eine Lohnerhöhung von 4 Mk. pro Tag zu. Ueberstunden sollen einen Zuschlag von 33⅓ Proz. erhalten. Akkordarbeiter erhalten eine Zulage von 8 Proz. auf die tariflichen Akkordsätze. In der Versammlung der Hafenarbeiter wurde von sämtlichen Rednern der Einigungsvorschlag für unannehmbar erklärt. Es herrschte allgemeines Befremden darüber, daß der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses sich dazu hergegeben habe, einen einmal gefällten Schiedsspruch innerhalb weniger Tage rückwärts zu revidieren; denn als etwas anderes könne die Herabsetzung des Akkordsatzes und die Verlängerung der Tarifdauer nicht angesehen werden. Allseitig wurde daher verlangt, auf Durchsetzung der alten Forderungen zu bestehen und sich keineswegs länger als einen Monat zu binden.

Altona. Ein Frauenmord wurde von dem Zimmermann Tancke am Strande bei Nienstedten entdeckt. Er fand unterhalb einer Villa einen gefüllten Wäschesack, den er als Strandgut barg und mit in seine Wohnung nahm. Als er ihn öffnete, bot sich ihm ein grausiger Anblick, denn der Sack enthielt Leichenteile einer weiblichen Person. Es handelt sich um eine zartgebaute Frau mittleren Alters. Die Leiche war völlig unbekleidet. Es fehlen an ihr Kopf und beide Beine, die kunstgerecht abgeschnitten sind. An der linken Brust befand sich eine 9 Zentimeter lange, tiefe Stichwunde, die direkt zum Herzen führt.

Kiel. Die Millionen der Provinzialfettstelle. Eine vom Milchwirtschaftlichen Landesverband einberufene Versammlung beschäftigte sich mit dem Bericht der Kommission zur Aufklärung über die der neuen „G. m. b. H. vereinigte schleswig-holsteinische Meierei-Verbände" überwiesenen Geldmittel. Es wurde festgestellt, daß die in Frage kommenden 8,7 Millionen Mark noch nicht an die G. m. b. H. ausgekehrt, sondern sichergestellt sind. Die Kommission kam zu der Ansicht, daß die Genossenschaft schon beginne, ihren Einfluß weiter auszudehnen, als es im Nutzen der Landwirtschaft, bezw. der Milchwirtschaft liege. In der Aussprache bestritt Kaufmann Bartels dem Landesverband das Recht, die Mittel zu beanspruchen, wie er auch betonte, daß keine Richtlinien für die Verwendung der Gelder erlassen seien. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der es u. a. heißt: „Der Milchwirtschaftliche Landesverband ist der Meinung, daß die Mittel der Provinzialfettstelle nach ihrer Auflösung entsprechend dem Erlaß des Staatskommissars für Volksernährung vom 26. April 1920 zur direkten Förderung der Milchwirtschaft der Provinz Schleswig-Holstein hätten sichergestellt werden müssen. Sie hätten nicht einem Erwerbsunternehmen übergeben werden dürfen, das seine eventuellen Ueberschüsse zwar satzungsgemäß zur mittelbaren und unmittelbaren Förderung der Milchwirtschaft der Provinz zur Verfügung stehen will, das aber in seinem inneren Aufbau und in seiner sich schon jetzt zeigenden Entwicklung beweist, daß der Gesellschaftszweck nur mittelbar durch Erzielung eines möglichst hohen Verdienstes in einem kaufmännischen Betriebe erreicht werden kann. Ferner wird die Ueberweisung der zur Verfügung gestellten Mittel an den Schleswig-Holsteinischen Landesverband unter der Bedingung gefordert, daß sie so verwendet werden, wie der Erlaß vom 26. April 1920 vorschreibt. Aus einer Veröffentlichung über den großen Getreidespeicher der Vereinigten Meiereiverbände scheint hervorzugehen, daß der 10-Millionen-Ueberschuß der früheren Provinzialfettstelle nicht mehr greifbar, sondern bereits in dem im Bau befindlichen Getreidespeicher angelegt ist.

Lüneburg. Wald- und Heidebrände. In der Gemarkung Wetzen bei Amelinghausen entstand ein Waldbrand aus bisher unbekannten Ursachen. Nach einer vielstündigen angestrengten Arbeit gelang es, des Feuers Herr zu werden. Doch sind dem Feuer etwa 60 Morgen Wald- und Heidebestand zum Opfer gefallen. Der Feuerschein war so stark, daß er in Lüneburg wahrgenommen wurde. — Ein zweiter Waldbrand brach in der Nähe dieses ersten aus, zwischen Vierhöfen und Westergellersen. Etwa vier bis fünf Morgen Wald und Heide sind abgebrannt. — Ein dritter Waldbrand wird aus Hitzacker gemeldet. Bei dem Gute Gamehlen südlich von Hitzacker entstand ein gewaltiger Waldbrand, der eine große Fläche des gräflich Groteschen Forstes vernichtete.

Bremen. Der Streik in der Bremer Holzindustrie beendigt. Die Firma hat die Forderungen der Organisation voll anerkannt, nachdem die Arbeiter drei Wochen im Kampf standen. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Ein Verräter entlarvt.

Die kommunistische Streikleitung für den im Kreise Segeberg angezettelten Streik hatte ihren Sitz in Steenkrütz bei Gnissau. Von dort erhielt die Gauleitung des Landarbeiterverbandes ein vom 12. August datiertes Schreiben. Unterschrieben war dieses mit zehn Namen. Antwort wurde sofort erbeten an Willi Glück. Das war auch derjenige, der nach Aussage der Landarbeiter den Haupthetzer machte. Wir haben einen Brief in Händen, aus dem hervorgeht, daß Glück fortgesetzt mit Kommunisten herumgereist ist. Es wird weiter behauptet, daß er auch Mitglied der Kommunistischen Partei sei. Jedenfalls konnte er in den Versammlungen an radikalen Phrasen und Beschimpfungen anderer Leute von keinem übertroffen werden. Als was für ein Musterexemplar er sich entpuppt, geht aus einem Brief hervor, der der Gauleitung zugeschickt wurde. In diesem heißt es unter anderem:

„Dieser Herr Kollege Glück hat immer das, was in den Versammlungen besprochen wurde, dem Herrn Ihsenburg, Gutsbesitzer von Travenort, vorgetragen. Als wir am 11. August in den Streik getreten sind, kam Herr Ihsenburg zu mir, um mit mir über den Streik zu reden. Ich habe mich mit Herrn I. auseinandergesetzt und ihm ferner gesagt, daß die Arbeiter hier bei uns behaupten, ich hätte von Herrn Ihsenburg 100 Mk. in die Hand gedrückt bekommen. Dafür sollte ich dann alles an I. erzählen. Darauf hat Herr Ihsenberg erwidert, das sei Unwahrheit. Aber er behauptet, daß unter der Arbeiterschaft einer sei, der Geld von ihm angenommen hätte, und dafür alles, was auf den Versammlungen gesprochen, berichtet hätte. Am Sonntag, 14. Aug., bekam ich dann von Herrn Ihsenberg Bescheid, daß der Betriebsrat um 11 Uhr zur Verhandlung erscheinen sollte. Nach derselben teilte uns der Arbeitgeber mit, daß unser Kollege Glück derjenige sei, der ihm alles hinterbracht hätte. Er hätte Glück auf die Probe gestellt, indem er ihm 50 Mark hingehalten hätte, die derselbe auch annahm. G. hat dann am Sonntagmorgen zum Vogt gesagt, er ginge gerne wieder an die Arbeit, wenn nur die anderen bloß wollten. Nachmittags war Versammlung. Da sind dem G. allerlei Vorwürfe gemacht: nach derselben hat er sein Verbandsbuch genommen und hat dieses vor den Augen des Verwalters in Stücke gerissen und erklärt: So, jetzt sehen Sie, daß ich aus dem Verbande heraus bin. Nachdem dann die Arbeit wieder aufgenommen ist, haben die Kollegen auf der Entlassung des Glück bestanden, was dann auch geschehen ist. Herr Ihsenberg hat ihn dann auch nicht wieder eingestellt. Bei dem Streik ist er immer mit den Kommunisten gefahren und war auch bei allen Sachen der Erste. Ich möchte bitten, dieses weiter zu verbreiten, damit unsere Landarbeiterkollegen sehen, was für Kollegen wir unter uns haben. Der Streik ist zu Ende.

Mit freundlichem Gruß!

Zu diesem Brief ist eigentlich jede Hinzufügung überflüssig, kann man doch wieder sehen, daß hinter den Schreihälsen nichts steckt und es fast immer Elemente sind, welche ihre Hauptaufgabe darin ersehen, die Gauleitung und die Verbandsvorstandsmitglieder durch den Schmutz zu ziehen. Gerade der Streik in der Ecke von Pronstorf hat den Landarbeitern erneut gezeigt, wie sie belogen sind. Man hat diesen Leuten dort erzählt, ganz Schleswig-Holstein und Mecklenburg streikt. Die kommunistische „Arbeiterzeitung" schreibt jetzt selbst, daß die Streikenden eine Delegation nach Güstrow gesandt hätten und diese, wie sie zurückkam, berichtete, daß der Streik in Mecklenburg abgebrochen sei. Ebenso lautete der Bericht betr. Schleswig-Holstein, so daß die Landarbeiter jetzt vor der Frage stehen, allein weiter auszuharren oder ergebnislos die Arbeit wieder aufzunehmen. Zum Schlusse ist dann die Gauleitung der dankbaren Aufgabe unterworfen, dafür zu sorgen, daß wenigstens keine Maßregelungen vorgenommen werden.

Die Gauleitung VI des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Zweiter Reichskleingärtnertag.

Vom 13. bis 15. August waren zu Bremen die deutschen Kleingärtner zu einem 2. Reichskleingärtnertag vereinigt. Diese Tagung sollte die zu Pfingsten 1921 zu Neukölln begonnene Verschmelzung der gesamten deutschen Kleingärtnerorganisationen vollenden.

Das preußische Wohlfahrtsministerium hatte den Förderer des Kleingartenwesens, Geheimrat Pauly, entsandt. In seinen warmen Begrüßungsworten wünschte er dem 2. Reichskleingärtnertag vollen Erfolg und wies darauf hin, daß es unbedingte Pflicht der Anwesenden sei, sich zu verschmelzen, um desto kräftiger dann für die Wahrnehmung der Kleingarteninteressen eintreten zu können. Das Reichsarbeitsministerium wünschte in einem Schreiben der Tagung dasselbe. Auch die österreichischen Kleingärtner hatten in besonders warmen Worten Glück und Gedeihen gewünscht.

Mit Nachgeben und Maßhalten von beiden Seiten der bis jetzt vereinzelt marschierenden Organisationen ist schließlich einmütig das Einigungswerk vollbracht worden, so daß in der deutschen Kleingartenbewegung nur von einer Einheitsorganisation gesprochen werden kann. Bislang gab es den (alten) Zentralverband der deutschen Arbeiter- und Schrebergärten und den aus dem Verband der Laubenkolonisten Berlins und Umgegend hervorgegangenen neueren Zentralverband der Kleingarten-Ver-

Erfolgreiche Verhandlungen.

WTB. (Amtlich.) Die unter Vorsitz des Reichskanzlers geführten Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben gestern in den späten Abendstunden zu einer Einigung geführt. Das Reichskabinett wird mit größter Beschleunigung zu dieser Vereinbarung Stellung nehmen. Mit ihrer Annahme darf heute schon gerechnet werden. Nach Verabredung mit den Führern der Reichstagsfraktionen sollen die erhöhten Bezüge alsbald nach Zustimmung des Reichsrats angewiesen werden. Die Zustimmung des Reichstages wird nachträglich eingeholt werden.

Die Bedingungen lauten wie folgt:

1. Der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag für die planmäßigen Reichsbeamten wird für die Orte der Ortsklasse A auf 93 v. H., für B auf 91 v. H., für C auf 89 v. H., für D auf 87 v. H. für E auf 85 v. H. festgesetzt. Diese Erhöhung entspricht einer Aufbesserung der Gesamtbezüge um 13½ bis 20 Proz.

2. Die männlichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihren bisherigen Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag einen weiteren Teuerungszuschlag in der Höhe, daß ihr Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag das Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag eines planmäßigen Beamten der ersten Besoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe erreicht.

3. Die weiblichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihrem bisherigen Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag einen weiteren Teuerungszuschlag bis zur Erreichung eines Gesamtbetrages, wie er sich ergeben würde, wenn unter Zugrundelegung des Teuerungszuschlages für die planmäßigen Beamten sowie des Ortszuschlages für die erste Besoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe die Diätensätze betragen würden von Beginn des ersten Dienstjahres ab 75 v. H. und steigend beim achten Dienstjahre bis auf 100 Proz.

4. Die Teuerungszuschläge zu den Kinderzuschlägen werden in den Orten der Ortsklasse A auf 200 Proz., B und C auf 175 Proz., D und E auf 150 Proz. festgesetzt.

5. Die vorgenannten Teuerungszuschläge werden ab 1. August 1921 gewährt.

6. Die Unterhaltszuschüsse im Vorbereitungsdienst werden erhöht.

7. Eine Einbehaltung der vorstehend bewilligten Erhöhungen zur Abdeckung noch nicht getilgter, seinerzeit gewährter Vorschüsse wird nicht stattfinden.

8. Für die Beamten, die vor dem 1. August 1921 aus dem Arbeiterstand in das Beamtenverhältnis übernommen worden sind, findet eine Anrechnung der aus Ziffer 1 sich ergebenden Erhöhung des Teuerungszuschlages auf die Ausgleichszulage nicht statt.

Es werden ferner vom 1. August 1921 ab auf die Ausgleichszulage nicht angerechnet:

a) Erhöhungen der Bezüge infolge Versetzung der Beamten in eine höhere Ortsklasse.

b) Erhöhungen der Bezüge infolge Versetzung des dienstlichen Wohnsitzes in eine höhere Ortsklasse.

c) Erhöhungen der Bezüge infolge Anwachsens der Kinderzahl.

Dagegen wird angerechnet:

d) Erhöhung des Grundgehalts bei Aufrückung in eine höhere Dienstaltersstufe und bei Beförderung.

e) Erhöhung des Ortszuschlages wegen des Uebertritts in eine höhere Ortszuschlagsgruppe.

f) Die durch die Regelung zu 2. und 3. bewirkte Erhöhung der Diätensätze.

g) Erhöhung des Teuerungszuschlages, soweit sie auf die unter a, b und c genannte Erhöhungen des Grundgehalts-, Ortszuschlags- und Diätengesetzes zurückzuführen sind.

9. Für Angestellte finden die Ziffern 1, 4, 5 und 7 sinngemäß Anwendung. Gemäß Ziffer 2 werden die Bezüge der männlichen volljährigen Angestellten entsprechend den fünf ersten Sätzen der Ziffer 3, die Bezüge der weiblichen volljährigen Angestellten in den ersten fünf Vergütungsstufen erhöht werden.

Die Grundsätze unter Ziffer 8 finden sinngemäße Anwendung auch auf die persönlichen Zulagen der Angestellten der Reichsverwaltung gemäß § 19 des Teiltarifvertrages vom 4. Juni 1920 mit der Maßgabe, daß Erhöhungen der Bezüge infolge Versetzung des dienstlichen Wohnsitzes in eine höhere Ortsklasse mit Wirkung vor dem für die Berechnung der persönlichen Zulage maßgeblichen Stichtag auf die persönliche Zulage in Anrechnung zu bringen ist.

10. **Der bisherige Teuerungszuschlag für männliche Arbeiter über 21 Jahre wird ab 1. August pro Stunde um 1 Mk erhöht werden. Hierbei sind die den Beamten gewährten Erhöhungen der Kinderzuschläge bereits mitberücksichtigt, so daß der bisherige Soziallohn der Arbeiter eine Aenderung nicht erfährt.**

Eine Anrechnung auf die durch Tarifverträge oder sonstige Vereinbarungen bedingten persönlichen und besonderen Zulagen findet nicht statt. Die Festsetzung des Teuerungszuschlages für Arbeiterinnen und für Arbeiter vom 18. bis 21. Jahre, sowie für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge bleibt noch besonderer Vereinbarung vorbehalten.

11. Für Pensionäre und Hinterbliebene werden die aus der Erhöhung des Teuerungszuschlages nach dem PEG., Pensionsergänzungsgesetz, sich ergebenden Folgerungen gezogen. Die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Mittel werden bereitgestellt.

eine Deutschlands. Ersterer zählte auf der Bremer Tagung 229 700 Mitglieder, der jüngere, bekannt unter dem Namen der „Berliner Verband", zählte 65 000 Mitglieder. Ferner waren auf der Tagung noch Mitglieder neutraler Vereinigungen vertreten, die ebenfalls 73 950 Stimmen zählten und die sich, wenn es nicht zu einer Einigung gekommen wäre, fast restlos dem Berliner Verband angeschlossen hätten.

Als Grundlage der Einigung dienten die seitens des Berliner Verbandes unterbreiteten Grundsatzforderungen der Kleingartenbewegung, die bereits auf der Neuköllner Tagung eingehend besprochen und in der Zwischenzeit seitens der Organisationen noch durchberaten wurden. Einstimmig wurden diese Grundsatzforderungen zum Schluß angenommen, die als das Programm der Organisation gelten sollen.

Das Programm selbst umfaßt 12 Sätze, die in klar durchdachter Weise die Bestrebungen des Kleingartenwesens zu vertreten und zu schützen suchen.

Ebenfalls einstimmig wurde folgender Kundgebung zugestimmt:

In Erwägung des Umstandes, daß das Kleingartenwesen als ein notwendiger und organischer Bestandteil des allgemeinen Wohnungs- und Siedlungswesens betrachtet und behandelt werden muß, erscheint es nicht ausreichend, die Kleingärtner nur im Reichsverbande der Kleingarten-Vereine zu organisieren. Es ist vielmehr notwendig, den Reichsverband der Kleingarten-Vereine mit jenen Organisationen in enge Beziehungen zu setzen, die die Erstellung von Wohnhaus- und Wirtschafts-Siedlungen bezwecken. Das allgemeine Siedlungswerk wird am besten gelingen, wenn alle daran beteiligten Organisationen und Körperschaften sich auf ein großzügiges, reif durchdachtes Gemeinschafts-Programm einigen. Der Vorstand des R. K. V. wird deshalb beauftragt, mit den im Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Organisationen und Körperschaften die erforderlichen Beziehungen herzustellen und ermächtigt, Vereinbarungen in der gedachten Richtung abzuschließen. Als nächstbarliche Organisationen sind hierbei die Reichsarbeitsgemeinschaft für das Siedlungswesen und der Einheitsverband der Siedler ins Auge zu fassen.

Ferner wurde einem Antrage zugestimmt, daß die bestehenden und künftigen Bebauungspläne einer gründlichen Nachprüfung unterzogen und zeitgemäß abgeändert werden sollen, damit eine dauernde Einverleibung der Kleingartenkolonien in das Stadtbild einbezogen werden soll. Ferner soll bei der Reichsregierung und dem Reichstag erneut beantragt werden, daß eine, die Kleingarteninteressen vertretende Zentrale geschaffen wird.

Gewerkschaften.

Sieg deutscher Gewerkschaften in Oberschlesien. Bei den Betriebsratswahlen auf der Gleiwitzer Grube haben die deutschen Gewerkschaften alle dreizehn Sitze erhalten, während sie früher nur sieben Sitze hatten und die Polen sechs. Bei der staatlichen Grube in Kaurow hatten die Deutschen bisher gar keinen Sitz; bei der Neuwahl haben die deutschen freien Gewerkschaften von 18 Sitzen acht erhalten. Bei der Ferdinandsgrube bei Kattowitz hatten die Deutschen früher zwei von elf Sitzen. Die Neuwahlen brachten ihnen 5 Sitze, den Polen nur sechs statt früher neun. Die Ergebnisse sind umso bedeutungsvoller, als ein nicht unbeträchtlicher Teil der deutschen Arbeiterschaft noch nicht zur Arbeit auf den Gruben zurückkehren konnte.

Lohnforderungen der Danziger Hafenarbeiter. Die Danziger Hafenarbeiter beschlossen, den bestehenden Lohntarif zum 1. September zu kündigen und mit Rücksicht auf die dauernd anschwellende Teuerung im Freistaate eine 75 prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Der Senat hat den Beamten und Angestellten im Freistaate Gehalts- und Lohnaufbesserungen von 80 Prozent bewilligt, ohne die Erhöhung im deutschen Reiche abzuwarten.

Lohnforderungen der Solinger Industriearbeiter und Angestellten. Der Solinger Industriearbeiter- und Angestelltenrat hat den Unternehmern jetzt bestimmte Forderungen überreicht und beantragt, die bestehenden Teurungszuschläge für die heimische Industrie sowie für die Fabrikarbeiter am 1. September um 300 % zu erhöhen. Die technischen Angestellten beantragen eine Erhöhung der Teurungszuschläge um 80 % ab 1. August. Die kaufmännischen Angestellten, die ihren Tarifvertrag zum 30. September kündigten, fordern eine Erhöhung der Teurungszuschläge und Grundgehälter.

Aus aller Welt.

Fünf Personen verbrannt. Im Hause des Buchhalters Ehinger in Hagenau am Bodensee brach in der Nacht auf unaufgeklärte Ursache Feuer aus. Zwei Wohnhäuser und der große Gasthof von Adler sind abgebrannt. Ehinger, seine Frau, seine beiden Kinder und ein Ferienkind wurden ein Opfer der Flammen.

Der Tod auf dem Grabhügel. Donnerstag besuchte der Arbeiter Henke aus Charlottenburg das Grab seiner Angehörigen auf dem Friedhof. Als der Kirchhof geschlossen worden war, unternahm der Inspektor noch einen Kontrollgang durch die Gräberreihen und fand, auf einem der Gräber liegend, Henke tot auf. Allem Anschein nach hatte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht.

Aus „Versehen" beraubt. „Du bist ein verkommener Bourgeois. Wir sterben Hungers, während Du erster Klasse fährst." Mit diesen Worten begrüßten die Banditen, die vor einiger Zeit den Expreßzug Paris—Marseille aufhielten, auch einen Mitfahrenden namens Morucci, kommunistischer Abgeordneter der französischen Republik, und nahmen ihm gleichzeitig alles Geld fort. Als seine schriftliche Aussage dem einen überlebenden Plünderer vorgelesen wurde, erklärte dieser, daß es die eigene Schuld des Abgeordneten sei, daß er sein Geld verloren. Hätte er sich als Kommunist legitimiert, hätte man ihm nichts genommen.

à la Miesbacher Anzeiger! Der unbhängigen „Leipziger Volkszeitung" ist folgender Brief zugegangen, den sie veröffentlicht: „Betrifft Artikel: „Exkönig Ludwig in München." Wenn die Leipziger Sauzeitung (gemeint ist die „L. V.-Z.") noch einmal solchen Mist über unsern König Ludwig schmiert, dann werden die Saumacher in der Tauchaer Straße einmal ihr blaues Wunder erleben! Dann werden wir bayrischen Arbeiter ihnen ein paar Watschen beibringen, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Wir Bayern lassen uns von Euch Ochsen nichts vorschreiben! Lernt erst einmal deutsch denken, Ihr Waschlappen, Ihr! Michael Gaiger."

Sieben Touristen verunglückt. Wie die Münchener Blätter aus Bruck im Pinzgau zu melden wissen, sollen durch Abbrechen eines Schneewächte auf dem Kitzsteinhorn sieben Touristen tödlich verunglückt sein.

Rasputins Mörder verhaftet. Aus Warschau wird der Magdeburger Zeitung gemeldet, daß Prinz Yussupow, der den bekannten Mönch Rasputin ermordet hatte, mit mehreren anderen russischen Offizieren verhaftet worden ist.

Großfeuer im Neuyorker Hafen. Ein Feuer im Neuyorker Hafen zerstörte zwei Piers, an denen die beiden Dampfer „Wheston" und „Leviathan" (der frühere Dampfer „Vaterland") lagen. Der Dampfer „Wheston" hatte zweitausend Leichname amerikanischer gefallener Soldaten aus Frankreich an Bord. Beide Schiffe konnten nur mit knapper Not aus dem Feuerbereich geschafft werden. Der Sachschaden ist nicht sehr erheblich, da im Zusammenhang mit dem Leichentransport sämtliche Handelswaren von den Kaien entfernt worden waren. — Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird aus London telegraphiert: In Hoboken steht der Armeelandungsplatz in Flammen. Der ehemalige deutsche Dampfer „Vaterland" brennt.

Das Wetter der Woche.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölln.)

Mölln, 25. August. (Nachdruck verboten.)

Die zurzeit herrschende Wärme- und Trockenperiode wird nach unseren Untersuchungen auch in der kommenden Woche (28. August bis 3. Sept. einschl.) zunächst noch ihre Fortsetzung finden. Gewitterbildungen dürften nur im Nordseeküstengebiet auftreten. Die Wetterlage zeigt anfangs noch wenig Aenderung. Ein Hochdruckgebiet bedeckt das Ostseegebiet, während flache atmosphärische Störungen von der Biscayasee über Frankreich nach S.- bis W.-Deutschland ziehen. Unser Bezirk liegt dabei im Grenzbereich obiger Druckgebiete, der Luftdruck hält sich daher um 760 mm, wobei das Druckgefälle von NO. nach SW. zunimmt. Zu Beginn der 2. Wochenhälfte (1. Sept.) erfährt das Witterungsbild — wenn auch nur vorübergehend — eine durchgreifende Aenderung. Eine kräftige atmosphärische Störung gelangt auf ihrem östlichen Zuge vom Ozean im W. der britischen Inseln nach dem Nord- und Ostseegebiet und beeinflußt dabei Wind und Wetter NW.- bis N.- und Mitteldeutschlands erheblich, verbreitet Trübung, Abkühlung und Niederschläge veranlassend, mit stärkeren Winden aus S. bis W. Dieser Wetterumschlag wird im W. und NW. durch strichweise Gewitter, die im übrigen selten bleiben, eingeleitet. In der ersten Wochenhälfte überwiegen die heiteren, in der zweiten die trüben Tage. — Im einzelnen: 28. Aug.: Warm, vielfach heiter, mäßige östliche bis südliche Winde; trocken, jedoch im Nordseeküstengebiet nachmittags strichweise Gewitter. — 29. Aug.: Im N. und W. etwas kühler, sonst vorwiegend heiter und trocken bei steigernder Tageswärme und lebhaften östlichen Winden. — 30. Aug.: Warm, heiter, und trocken, frische O.- bis SO.-Winde. — 31. Aug.: Wärmer, im W. heiter bis wolkig, im übrigen heiter, auffrischende SO.-Winde. Im Nordseeküstengebiet (Schleswig-Holst., Hannover) nachmittags strichweise Gewitter; sonst trocken. — 1. September: Schwül, zunehmend bewölkt von W. nach O.; vielfach starke SO.- bis S.-Winde, Temperatur sinkend. Im W. bis N. verbreitete, im übrigen zeitweise Regenfälle. Stellenweise Gewitter. — 2. Sept.: Kühler, meist trübe, starke bis stürmische SW.- bis W.-Winde, ausgedehnte Regenfälle. — 3. Sept.: Ziemlich kühl, starkwolkig, böige, starke SW.- bis NW.-Winde, Regenschauer, besonders im N. und O.

Inserate für den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im Lübecker Volksboten

Johanna Schulz
Max Albrecht
5726) Verlobte.
Lübeck, 28. August 1921.

Clara Kaufmann
geb. Grimm
Ernst Rogkensack
Verlobte. (5729
Lübeck, 28. August 1921.

Gesucht zum 1. Septemb. oder später ein Tagesmädchen. Matthiessen, 5747) Marquardplatz 4, I.

Alleinsteh. Frau, 35 J. alt sucht Stell. i. frauenl. Haush. 5719) Ang. u. B G 8 a. d. E.

Maurer
gesucht. (5735
Herm. Kassun,
Maurermeister,
Moislinger Allee 55 b.

Ein Mantelkleid zu verk. 5698) Wegelaustr. 7 I.

G. erh. Rock-Anzug sowie Kaninchenstall zu verk. 5741) Schönkampstr. 10.

Z. vk. alt. Sofa, Spiegelschr. m. Spiegel. Baracke 7. (5751 Wohnung 86 (Burgfeld).

Ein sehr gut erhaltener Peddigrohr-Kinderwagen zu verk. Glandorpstr. 30, II. (5750

Kanarienvogel zu verk. 5697) Schulstr. 24 II.

Kaninchenstall zu verk. 5727) Glandorpstr. 11 III.

Gr. W.-Kaninchen z. verk. 5730) Krausestr. 13.

Ziegenlamm zu verkaufen. 5739) Denker, Schönböcken.

Große Partie 5 und 7 Wochen alte Ferkel billig zu verkaufen. (5742 Krempelsdorfer Allee 80.

50 pr. Ferkel Stck. 130-150 Mk. und kl. Zugänger billig zu verk. (5754 Schönböckenerstr. 18.

Gef. Teppich u. Eisenbettst. 5749) Ang. u. T E a. d. Exp.

MAGGI's Würze in großen Originalflaschen Nr. 6 besonders vorteilhaft. Man füllt daraus das kleine Maggi-Fläschchen selbst nach und hat außer Geldersparnis noch die (5701
Garantie der Echtheit.
Achtung auf unversehrten Plombenverschluß.
Man verlange ausdrücklich MAGGI's Würze.

1 Satz kleine 5744 **Zugänger und Ferkel** zu verk. Kottwitzstr. 20/22.

Gesucht Drehbank mit Leitsp. f. Fußbetrieb. Ang. m. Preis unt. K B 12. (5700

Zu kaufen ges. e. Puppenwagen. Off. m. Preis a. d. Exp. d. Bl. G. G. (5750

Verl. Portemonaie m. Inhalt, Sandstr. b. Kohlm. Geg. Bel. abz. Fackenb. Allee 67, Hts. (5758)

Hobelbank gesucht. Ang. u. B. A. a. d. Exp. d. Bl. (4753

Alle Pächter der Ländereien von **E. F. Wallbrechts Erben** werden zwecks Erhöhung der Pachtpreise zu einer Besprechung am **Montag, dem 29. ds. Monats, abends 7 Uhr,** am Moltkeplatz eingeladen.
Mehrere Pächter.
5718) Burmeister.

Aerztl. Sonntagsdienst (5712
J. Meyer, Eschenburgstr. 18.
Dr. Eschenburg. Hüxstr. 33.
Dr. Niemann, Schw. All. 75.

Grudekoks
liefere ich jede gewünschte Menge, auch 25 oder 50 Ztr. oder ladungsweise.
Für Händler besonders günstige Preise
Adolf Borgfeldt
Mühlenstr. 36/44. Lübeck Telephon 672
5714)

Der moderne Metallarbeiter
Ratgeber f. Dreher, Schlosser und Maschinenbauer 408 S. 150 Abb. 57 Tab. M. 25.— **Die Fräserei.** Nachschlagebuch f. d. gesamte Fräserei, 288 S. 144 Abb. 38 Tab. M. 20.— **Die Werkzeugmacherei,** Lehrb. z. Anfertigung u. Behandlg. d. Werkzeuge i. Maschinenbau, 200 S. 135 Abb. 25 Tab. M. 20.— **Kalkulation i. Maschinenbau** u. mod. Arbeitsmethoden, 304 S. 170 Abb. 22 Tab. M. 25.— **Modell-Atlas,** enthalt. 10 zerlegb. Modelle u. 4 Tafeln nebst Erklärungen M. 25.— In einigen Wochen erscheint: **Praktisches Maschinenzeichnen,** Allgemeines Lehrbuch z. Anfertigung u. Lesen techn. Zeichnungen, 150 Abb. 7 Tab. 4 Tafeln, M. 25.— :: Jedes Buch gebunden ohne Teuerungszuschlag! (5704
Edm. Herrmann, Abt. 84, Berlin, Fruchtstr. 51

Färbe zu Hause
Kleider, Blusen, Tücher, Bänder, Strümpfe, Garne, Gardinen, Spitzen u.s.w.
nur mit
Heitmann's Farben
Bestbewährt — Größte Auswahl
Andere Farben zurückweisen
Alleinige Fabrikanten:
Gebr. Heitmann, Köln & Riga
Erhältlich in allen Drogen-Geschäften.
Vertretung u. Lager. B. R. Schultz, Lübeck, Engelsgrube 24. Fernsprecher 8528. (5710

„Wurf" ist ein gutes und billiges **Seifenpulver** frei von schädlichen Bestandteilen.
Das Pfund-Paket 3.50 Mk. Ueberall erhältlich!
Herst.: Wasch- u. Reinigungsmittel-Fabrik Lübeck
Kontor: Mühlenstraße 21. (5702) Fernspr. 3295.

Visitenkarten fertigt an Friedr. Meyer & Co.

Stockelsdorf.
Dr. med. **Ahlenstiel**
wohnt jetzt (5757
Segebergstr. 24.

Die neuen Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Weißer Engel. Jeden Sonntag **BALL.**

Adlershorst. Jeden Sonntag und Donnerstag: **Ball.**

Waisenhof 5746 Jeden Sonntag u. Freitag: **Tanz.**

Zentralhallen
Morgen Sonntag: (5753
Gr. Tanzkränzchen.
Eintritt frei.

Mieter Lübecks wehrt Euch!
Große
Protest-Versammlung
gegen die erneut vom Haus- und Grundeigentümer-Verein beantragte ungeheure Mietssteigerung
am Montag, dem 29. August,
abends 7½ Uhr (5759
in den „Zentralhallen", Dankwartsgrube.
Mieter erscheint in Massen!
Weist jede weitere Mietserhöhung zurück!
Der Vorstand des Mieterschutzvereins.

Wahlbezirke für die Bürgerschaftswahl 1921.

Auf Grund des § 2 des Bürgerschaftswahlgesetzes vom 28. Mai 1920 werden für die Wahlbezirke für die Bürgerschaftswahl 1921 wie folgt bestimmt:

Erster Bezirk: Innere Stadt. Großer Bauhof, Kleiner Bauhof, Domkirchhof, Effengrube, Fegefeuer, Hartengrube, Lichte Querstraße, Mühlendamm, Musterbahn, Sternwarte, Dritte Wallstraße.

Zweiter Bezirk: Innere Stadt. Dankwartsgrube, Düstere Querstraße, Kapitelstraße, Obertrave alle Nummern 19—59, Parade, Zweite Wallstraße.

Dritter Bezirk: Innere Stadt. Depenau, Kleine Kiesau, Marlesgrube, Obertrave alle Nummern 1—18, Pagönnienstraße, Große Petersgrube, Kleine Petersgrube, Pferdemarkt.

Vierter Bezirk: Innere Stadt. Braunstraße, Einhäuschen-Querstraße, Fischstraße, Holstenstraße, Holstentorplatz (altes Bahnhofsgebäude und Fischhalle), Kohlmarkt, Kolk, Enger Krambuden, Weiter Krambuden, Lederstraße, Marienkirchhof, Markt, Markttwiete, Hinter St. Petri, Petrikirchhof, Possehlstraße vom Holstentorplatz bis zum Elbe-Trave-Kanal, Schmiedestraße, Schüsselbuden, Auf der Wallhalbinsel, Erste Wallstraße.

Fünfter Bezirk: Innere Stadt. Alfstraße, Blocksquerstraße, Fünfhausen, Gerade Querstraße, Krumme Querstraße, Mengstraße, Siebente Querstraße, Untertrave alle Nummern 88—115 und Travepavillon. Außerdem Schiffe in den Stadthäfen.

Sechster Bezirk: Innere Stadt. Beckergrube, Böttcherstraße, Ellerbrook, Klemenstwiete, Kupferschmiedestraße, Untertrave alle Nummern 70—87.

Siebenter Bezirk: Innere Stadt. Breite Straße, gerade Nummern 2—34, Fischergrube, Große Kiesau, Schwönekenquerstraße, Untertrave alle Nummern 50—69.

Achter Bezirk. Innere Stadt. Alsheide, Engelsgrube, Engelswisch, Petersilienstraße.

Neunter Bezirk: Innere Stadt. Große Altefähre, Kleine Altefähre, Hinter der Burg, Große Burgstraße, Kleine Burgstraße, Burgtreppe, Untertrave alle Nummern 1—49.

Zehnter Bezirk. Innere Stadt. Breite Straße ungerade Nummern 1—23, Geibelplatz, Glockengießerstraße, Jakobikirchhof, Königstraße ungerade Nummern 1—25, gerade Nummern 2—22, Pfaffenstraße.

Elfter Bezirk. Innere Stadt. Gerberstraße, Große Gröpelgrube, Kleine Gröpelgrube, Langer Lohberg, Rosenstraße.

Zwölfter Bezirk. Innere Stadt. Kaiserstraße, Kanalstraße, Weiter Lohberg, Rosenpforte, Steinstraße, Wakenitzmauer.

Dreizehnter Bezirk. Innere Stadt. Hundestraße, Königstraße ungerade Nummern 27—41, gerade Nummern 24—46 a, Rosengarten, Tünkenhagen.

Vierzehnter Bezirk. Innere Stadt. Breite Straße ungerade Nummern 25—87, gerade Nummern 36—60 a, Bei St. Johannis, Johannisstraße, Königstraße ungerade Nummern 43—73, gerade Nummern 48—64, Alter Schrangen, Kleiner Schrangen.

Fünfzehnter Bezirk. Innere Stadt. Fleischhauerstraße, Hüxterdamm gerade Nummern 2—14, An der Mauer ungerade Nummern 1—11, gerade Nummern 2—36, Schlumacherstraße.

Sechzehnter Bezirk: Innere Stadt. Balauerfohr, Breite Straße ungerade Nummern 89—103, gerade Nummern 62—72, Hüxstraße, Königstraße ungerade Nummern 75—89, gerade Nummern 66—82 a.

Siebenzehnter Bezirk: Innere Stadt. Aegidienkirchhof, Aegidienstraße, Königstraße ungerade Nummern 91—111, gerade Nummern 84—108, Sandstraße, Schildstraße, Wahmstraße.

Achtzehnter Bezirk. Innere Stadt, Dövekenstraße, Krähenstraße, An der Mauer ungerade Nummern 39—57, gerade Nummern 38—160, Stavenstraße, Weberstraße.

Neunzehnter Bezirk: Innere Stadt. St. Annenstraße, Klingenberg, Königstraße ungerade Nummern 113—129, gerade Nummern 110—124, Mühlenbrücke, Mühlenstraße.

Zwanzigster Bezirk: St. Jürgen. Attendornstraße, An der Falkenwiese, Travelmannstraße.

Einundzwanzigster Bezirk: St. Jürgen. Bootshäuser an der Wakenitz, Falkenstraße, Marterkestraße, Pelzerstraße alle ungeraden Nummern, Percevalstraße, Reiherstieg, Wakenitzufer.

Zweiundzwanzigster Bezirk: St. Jürgen. Blanckstraße, Bleicherstraße, Dorotheenstraße, Falkenplatz, Hüxterdamm gerade Nummern 18—24, Hüxtertor-Allee ungerade Nummern 1—25, Moltkestraße, Pelzerstraße alle geraden Nummern.

Dreiundzwanzigster Bezirk: St. Jürgen. Augustenstraße, Blücherstraße, Seydlitzstraße, Wakenitzstraße, ungerade Nummern 1—31 und gerade Nummern 2—22, Yorkstraße, Zietenstraße.

Vierundzwanzigster Bezirk: St. Jürgen. Antonistraße, Bäckerstraße, Bismarckstraße, Hüxtertor-Allee ungerade Nummern 27—57 und gerade Nummern 2—20, Kalandstraße, Klosterstraße, Pegelaustraße, Schillerstraße, Spillerstraße, Wakenitzstraße ungerade Nummern 33—85 und gerade Nummern 24—66.

Fünfundzwanzigster Bezirk: St. Jürgen. Amselweg, Am Brink, Fahlenkampsweg, 1. Fischerbuden, Fritz-Reuter-Straße, Gärtnergasse, Herderplatz, Herderstraße, Hohelandstraße, Kahlhorststraße ungerade Nummern 1—23 a und gerade Nummern 2—30, Klaus-Groth-Straße, Kuckucksruf, Lerchenweg, Lessingstraße, Mönkhofer Weg, Nachtigallensteg, Nöltingshof, Overbeckstraße, Petersstraße, Ratzeburger Allee ungerade Nummern 1—27 und gerade Nummern 2—42 a, Rotlöscherstraße, Strohkatenstraße, Bei der Wasserkunst, Wasserweg, Weberkoppel, Weinbergstraße.

Sechsundzwanzigster Bezirk: St. Jürgen. Buiseltstraße, Elswigstraße, Grönauerbaum, Kastanien-Allee, Am Klosterhof, Ratzeburger Allee ungerade Nummern 29—111 und gerade Nummern 44—106, Stadtweide, Heilanstalt Strecknitz.

Siebenundzwanzigster Bezirk: St. Jürgen. Bootshaus am Kanal unterhalb der Charlottenstraße, Brehmerstraße, Charlottenstraße, Friedrich-Wilhelm-Platz, Friedrich-Wilhelm-Straße, Gartenstraße, Goethestraße, Humboldtstraße, Kastorpstraße, Körnerstraße, Kronsforder Allee ungerade Nummern 1—25, gerade Nummern 2—14, Meskowstraße, Sophienstraße, Steinhof bei der Kastorpstraße, Uhlandstraße, Viktoriastraße.

Achtundzwanzigster Bezirk: St. Jürgen. Brömbsenstraße, Bei der Gasanstalt, Geninerstraße, Geniner Ufer, St. Jürgenring, Kahlhorststraße ungerade Nummern 25—33 a und gerade Nummern 32—60 a, Kaninchenborn, Kronsforder Allee ungerade Nummern 27—73, gerade Nummern 16—30 a, Plönniesstraße.

Neunundzwanzigster Bezirk: St. Jürgen. Dorfstraße, Feldstraße, Friedrichstraße, Hirtenstraße, Kronsforder Allee ungerade Nummern 75—145, gerade Nummern —150, Possehlstraße vom Elbe-Trave-Kanal bis zur Kronsforder Allee, Ringstedtenhof, Trendelenburgstraße, Vorraderstraße, Weidenweg.

Dreißigster Bezirk: St. Lorenz. Finkenberg, Finkenstraße, Lachswehr-Allee, Lilienstraße, Moislinger Allee ungerade Nummern 1—51 b und gerade Nummern 2—64, Wielandstraße.

Einunddreißigster Bezirk: St. Lorenz. Buntekuh, Fliederstraße, Maiblumenstraße, Margaretenstraße, Moislinger Allee ungerade Nummern 53—171 und gerade Nummern 66—222, Nelkenstraße, Seitenstraße, Töpferweg gerade Nummern 2—10.

Zweiunddreißigster Bezirk: St. Lorenz. Georgstraße, Helenenstraße, Jakobstraße, Karpfenstraße, Krausestraße, Meierstraße ungerade Nummern 1—25 a, gerade Nummern 2—24 a, Nebenhofstraße, Teichstraße, Wilhelmstraße.

Dreiunddreißigster Bezirk: St. Lorenz. Brüderstraße, Dornestraße, Ernestinenstraße, Füchtingstraße, Koppelstraße, Prießstraße.

Vierunddreißigster Bezirk: St. Lorenz. Emilienstraße, Lindenstraße, Mittelstraße.

Fünfunddreißigster Bezirk: St. Lorenz. Am Bahnhofe, Bahnhofstraße, Blumenstraße, Hansastraße ungerade Nummern 1—95, gerade Nummern 2—90, Kreuzweg, Lindenplatz, Meierstraße ungerade Nummern 27—45, gerade Nummern 26—40, Beim Retteich, Töpferweg ungerade Nummern 61—87, gerade Nummern 66—72.

Sechsunddreißigster Bezirk: St. Lorenz. Hansaplatz, Hansaring, Hansastraße ungerade Nummern 97 bis 117, gerade Nummern 92—160, Märkische Straße, Sächsische Straße, Schützenstraße, Wendische Straße.

Siebenunddreißigster Bezirk. St. Lorenz. Altengammer Straße, Bergedorfer Straße, Fackenburger Allee ungerade Nummern 1—25, gerade Nummern 2—24a, Greveradenstraße, Kirchenstraße, Marquardplatz, Marquardstraße, Parchamstraße, Schwartauer Allee ungerade Nummern 1—3b, gerade Nummern 2—8a, An der Stadtfreiheit, Beim Sumpfkrug, Vierlandenstraße, Werftstieg, Werftstraße, Ziegelstraße ungerade Nummern 1—25b, gerade Nummern 6—26.

Achtunddreißigster Bezirk: St. Lorenz. Bangsweg, Neuhof, Ritterstraße, Steinrader Weg, Trappenstraße, Wachtstraße, Wisbystraße, Ziegelstraße ungerade Nummern 35—51f, gerade Nummern 28—184.

Neununddreißigster Bezirk: St. Lorenz. Fackenburger Allee ungerade Nummern 31—55c, gerade Nummern 26—104, Bei der Lohmühle 1 und 1a, gerade Nummern 2—24a, Vorbeckstraße, Waisenallee, Waisenhofstraße ungerade Nummern 1—15a, gerade Nummern 2—20.

Vierzigster Bezirk: St. Lorenz und Stadtteil Krempelsdorf mit Vorwerker Friedhof: Alsenstraße, Binnenland, Dornbreite, Düppelstraße, Elsterweide, Fackenburger Allee ungerade Nummern 57—71, Friedhofsallee, Am Grenzwall, Herrendamm, Krempelsdorfer Allee, Kurzerweg, Am Landgraben, Am Mailand, Moristeig, Auf der Reihe, Schönböckener Straße, Sedanstraße, Am Spargelhof, Uhlenhörn, Vorwerker Friedhof.

Einundvierzigster Bezirk: St. Lorenz. Adlerstraße, Klappenstraße, Sadowastraße.

Zweiundvierzigster Bezirk: St. Lorenz. Katharinenstieg, Katharinenstraße ungerade Nummern 1—21a, gerade Nummern 2—38.

Dreiundvierzigster Bezirk: St. Lorenz. Glorinstraße, Reiferstraße, Warendorpstraße ungerade Nummern 1—21a, gerade Nummern 2—39.

Vierundvierzigster Bezirk: St. Lorenz. Friedenstraße, Glandorpstraße, Heckenweg, Waisenhofstraße ungerade Nummern 17—25.

Fünfundvierzigster Bezirk: St. Lorenz. Brolingstraße ungerade Nummern 1—27, gerade Nummern 2—30, Genersdesstraße, Kerckringstraße, Stitenstraße.

Sechsundvierzigster Bezirk: St. Lorenz. Ludwigstraße, Westhoffstraße.

Siebenundvierzigster Bezirk: St. Lorenz. Bahnweg, Brockesstraße, Drögestraße, Katharinenstraße ungerade Nummern 41 bis Ende, Marienstraße, Matthäistraße, Schwartauer Allee ungerade Nummern 47—71a, gerade Nummern 32—50a, Warendorpstraße ungerade Nummern 23—31, gerade Nummern 42—48.

Achtundvierzigster Bezirk: St. Lorenz. Brolingstraße 49 und gerade Nummern 52—60, Karlstraße, Bei der Lohmühle ungerade Nummern 3—27, St. Lorenzplatz, Roddenkoppel, Schwartauer Allee ungerade Nummern 73—161a, gerade Nummern 68—100, Am Viehhofe, Warendorpplatz, Warendorpstraße ungerade Nummern 31a—53, gerade Nummern 50—72.

Neunundvierzigster Bezirk: St. Lorenz und Stadtteil Vorwerk ohne Vorwerker Friedhof. Bahnwärterhäuser, Bogenstraße, Einsiedelstraße, Elisenstraße, Erziehungs- und Pflegeheim, Hafenfähre, Hochstraße, Josephinenstraße, Schwartauer Allee ungerade Nummern 171—237, gerade Nummern 132—194, Schwartauer Landstraße, Teerhofsinsel, Tierkörper-Verwertungs-Anstalt, Tremserweg, Triftstraße, Vorwerker Baumschule, Vorwerker Straße, Vorwerker Wiesen, Vorwerker Ziegelei.

Fünfzigster Bezirk: St. Gertrud: Baracken auf dem Burgfeld, Birkenstraße, Brückenweg, Am Burgfeld, Fehlingstraße, Gertrudenstraße, Hafenstraße, Am Fernsichtsweg, Konstinplatz, Konstinstraße, Lange Reihe, Neustraße, Schulstraße, Großer Vogelsang, Kleiner Vogelsang.

Einundfünfzigster Bezirk: St. Gertrud. Adolfplatz, Adolfstraße, Balleskuhle, Bugenhagenstraße, Curtiusstraße, Eichenburgstraße, Glashüttenweg, Jahnstraße, Israelsdorfer Allee ungerade Nummern 1—25, gerade Nummern 2—36, Kaiser-Friedrich-Platz, Kaiser-Friedrich-Straße, Kesselstraße, Luisenstraße, Melanchthonstraße, Parkstraße 1 und 3, gerade Nummern 2—20, Sandberg, Beim Tannenhof.

Zweiundfünfzigster Bezirk: Israelsdorf: Buchenweg, Eichenweg, Alter Faulenhoop, Neuer Faulenhoop, Flugplatz, Fuchsspring, Gothmunder Weg, Hasselbruchweg, Herrenweide, Herrenfähre, Hofweg, Israelsdorfer Allee gerade Nummern 40—48, Jarabarn, Karlshof, Am Schellbruch, Schlösschen, Schweizerhaus, Torreinweg, Travemünder Landstraße, Waldstraße, Wilhelmshof (Baumschule und Landhaus). Gothmund: Fischerweg.

Dreiundfünfzigster Bezirk: St. Gertrud. Alexanderstraße, Arnimstraße, ungerade Nummern 1—135, gerade Nummern 2—14, Bergstraße, Bonnusstraße, St. Gertrudring, Gustav-Adolf-Straße, Heil. Geist-Kamp, Krügerstraße, Marlistraße ungerade Nummern 1—21c, gerade Nummern 2—22, Parkstraße gerade Nummern 22—60, Paulstraße, Rabenstraße, Roeckstraße, Wiesenweg.

Vierundfünfzigster Bezirk: St. Gertrud. Arnimstraße ungerade Nummern 15—75, gerade Nummern 16—46a, Gneisstraße, Grüner Weg, Lauerhofstraße, Marliring, 1. Ochsenkoppel, 2. Ochsenkoppel, Am Ruttbrook, Schönkampstraße.

Fünfundfünfzigster Bezirk: St. Gertrud. Heinrichstraße, Loignystraße, Lützowstraße, Werderstraße.

Sechsundfünfzigster Bezirk: St. Gertrud. Blücherstraße, Chasotstraße, Kottwitzstraße.

Siebenundfünfzigster Bezirk: St. Gertrud. Burgkoppel, Brandenbaumer Landstraße, 2. Fischerbuden, Gneisenaustraße, Goebenstraße, Heiweg, Hövelnstraße, Hohenstaufenstraße, Hohenzollernstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße, Kaninchenberg, Marlifeld, Marlistraße ungerade Nummern 23—101 und gerade Nummern 34 bis 100, Moltkeplatz, Pensebusch, Roonstraße, Scharnhorststraße, Soldatenweg, Spieringshorst, Walderseestraße, Wettinerstraße, Wittelsbacherstraße.

Achtundfünfzigster Bezirk: Stadtteil Travemünde. Fährhaus auf dem Priwall, Fliegerweg, Gneversdorfer Weg, Hirtengang, St. Jürgen-Siechenhaus, Kirchenstraße, Kurgartenstraße ungerade Nummern 1—97, gerade Nummern 2—92, St. Lorenzstraße, Marienstraße, Marktstraße, Mecklenburger Landstraße, Mühlenweg, Niendorfer Landstraße, Rennbahnsteg, Torstraße, Vorderreihe alle Nummern 1—50, Ziegelei.

Neunundfünfzigster Bezirk: Stadtteil Travemünde. Achterdeck, Backbord, Am Badegarten, Bertlingstraße, Evershof, Fallreep, Fehlingstraße, Godewind, Kaiser-Allee, Am Kurgarten, Kurgartenstraße ungerade Nummern 99—143, gerade Nummern 94—112a, Leuchtenfeld, Mittschiffs, Neustraße, Rose, Seetempel, Stadtbahnhof, Steuerbord, Strandbahnhof, Strandpromenade, Strandredder, Vorderreihe alle Nummern 51—65. Außerdem Schiffe im Travemünder Hafen.

Sechzigster Bezirk: Stadtteil Kücknitz-Herrenwyk. Dockstraße, Dummersdorfer Straße, Flenderstraße, Johannis-Kirchplatz, Josephstraße, Klingenberg, Knickweg, Kücknitzer Hauptstraße, Mühlensteig, Redderkoppel, Rehsprung, Roggenfeld, Straßenfeld, Stüvhof, Travemünder Landstraße, Vorderste Fichteln, Waldhusen, Waldhusener Moor, Werkstraße.

Einundsechzigster Bezirk: Stadtteil Kücknitz-Herrenwyk: Herrenwyk, Hochofenstraße, Kolonie und Schlafhaus des Hochofenwerks, Kücknitzer Ausbau Kücknitzer Mühle. Außerdem Schiffe im Hafen des Hochofenwerks.

Zweiundsechzigster Bezirk: Stadtteil Siems-Dänischburg.

Dreiundsechzigster Bezirk: Stadtteil Schlutup: Bergstraße, Bögengang, Feldstraße, Fischstraße, Hafenstraße, Hintern Höfen, Kampstraße, Kirchstraße, Am Küsterberg, Lübecker Straße ungerade Nrn. 1—51, gerade Nrn. 2—78 und neue Schule, Am Markt, Mecklenburger Straße, Palinger Weg, Am Teich, Tannenschlag, Zwirngang. Außerdem Schiffe im Schlutuper Hafen.

Vierundsechzigster Bezirk: Stadtteil Schlutup: Bahnhofstraße, Brehmerstraße, Fabrikstraße, Friedrichstraße, Heinrichstraße, Lübecker Straße ungerade Nrn. 53—139, gerade Nrn. 80—160, Marienstraße, Am Müllerberg, Alte Mühle, Neustraße, Sophienstraße, Wesloer Straße.

Fünfundsechzigster Bezirk: Stadtteil Moisling.

Sechsundsechzigster Bezirk: Stadtteil Genin.

Siebenundsechzigster Bezirk: Landgemeinde Brodten.

Achtundsechzigster Bezirk: Landgemeinden Teutendorf und Rönnau.

Neunundsechzigster Bezirk: Landgemeinden Ivendorf und Pöppendorf.

Siebenzigster Bezirk: Landgemeinde Dummersdorf.

Einundsiebenzigster Bezirk: Landgemeinde Wesloe.

Zweiundsiebenzigster Bezirk: Landgemeinde Schönböcken.

Dreiundsiebenzigster Bezirk: Landgemeinden Kurau und Malkendorf.

Vierundsiebenzigster Bezirk: Landgemeinden Dissau und Krumbeck.

Fünfundsiebenzigster Bezirk: Landgemeinden Niendorf und Reecke.

Sechsundsiebenzigster Bezirk: Landgemeinden Oberbüssau, Niederbüssau und Kronsforde.

Siebenundsiebenzigster Bezirk: Landgemeinde Krummesse.

Achtundsiebenzigster Bezirk: Landgemeinden Beidendorf, Blankensee, Vorrade, Wulfsdorf und Strecknitz.

Neunundsiebenzigster Bezirk: Landgemeinde Schattin.

Achtzigster Bezirk: Landgemeinde Utecht.

Einundachtzigster Bezirk: Landgemeinde Tramm.

Zweiundachtzigster Bezirk: Landgemeinden Groß-Schretstaken und Klein-Schretstaken.

Dreiundachtzigster Bezirk: Landgemeinden Ritzerau, Poggensee und Nusse.

Vierundachtzigster Bezirk: Landgemeinden Behlendorf und Hollenbeck.

Fünfundachtzigster Bezirk: Landgemeinden Albsfelde, Giesensdorf und Harmsdorf.

Sechsundachtzigster Bezirk: Landgemeinden Düchelsdorf und Sierksrade.

Lübeck, den 27. August 1921. (5695

Das Polizeiamt.

Ich wasch' bei Euch im Haus nur dann
Wenn ich Persil
bekommen kann!

Kein Waschbrett, kein Reiben und Bürsten; schnelles und leichtes Waschen bei größter Schonung des Gewebes.

PERSIL

das beste selbsttätige
Waschmittel von größter Waschwirkung.
Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose!

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie., Düsseldorf.**

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Neu-Eröffnung.
Am Montag, dem 29. August 1921 eröffne ich ein
Fett-, Wurst- u. Konfitüren-Geschäft.
Frau Martha Wölk,
5745) Lg. Lohberg 47.

Für Schweine
Garantiert reines
Gerstenschrot, Maisschrot, Schweinemastfutter.
Dampfmühle (5723
Carl Moll,
Alsheide 12—14. Tel. 324.

Sparsames Heizen u. Kochen.
Die neuesten Erfindungen zur Ersparnis von Gas, Kohle, Elektrizität usw. für (5718
Koch- und Heizzwecke bis 80 Proz. Ersparnis
Vorführungen täglich
Lübeck, Glockengießerstr. 50

Schlafzimmer, Korbsessel, Worbsweder Möbel 5716
billigst u. in bester Qualität
Fischstr. 21.

Ad. Hübner Uhrmacher Fünfhausen 13
Uhren- u. Goldwarenhdlg u. Reparaturwerkstatt (5709

Alle Arten Hühnerfutter
Gerste und Hafer
gemischtes Hühnerfutter
Weizenkleie
Dampfmühle (5722
Carl Moll,
Alsheide 12—14. Tel. 324.

Pa. Weizenmehl,
Friedensware
10 Pfd. 35.— Mk.
bei 50 Pfd. frei Haus
H. Busch,
5731) **Krähenstr. 34.**

Grudeherde
Adolf Borgfeldt,
Lübeck. 5721

Asthma 5797
kann geheilt werden. Sprechstunden in **Lübeck, Lindenstraße 3 a** (Pension Helms) jeden **Freitag** von 10—1 Uhr.
Dr. med. Alberts,
Spezialarzt, Berlin S.W.11.

??? Wissen Sie schon, was ich zahle !!!
Für **Hausstandslumpen** pr. Kilo 80 Pfg.
für **altes Eisen** pr. Kilo 30—40 Pfg.
für **Zeitung** (5755
pr **Kilo** 60 Pf.
Alte Metalle und Geschäftsbücher, sämtliche Felle höchste Tagespreise.
R. Lissauer,
26 Dankwartsgrube.
Bitte genau auf Straße und Nummer zu achten.

Leder
Taunus-Vache, Croupons, Hälften, im Ausschnitt, sowie sämtliche **Schuhmacher-Artikel.**
M. Schachtel,
Leder-Handlung
Beckergrube 90
5736) Fernsprecher 3007.

Für Metalle
Lumpen, Zeitungen, Akten usw. zahlen die höchst. Preise
Erdmann & Scheuermann,
5699) Glockengießerstr. 61.